

SALZBURG

Geschichte & Politik

Mitteilungen der Dr.-Hans-Lechner-Forschungsgesellschaft



25. Jahrgang 2015, Nr. 1/2, September 2015

***Das erste Programm der Christlichsozialen
Partei Salzburgs 1913***

***Die Flucht aus der Gemeinde Botsch
in Siebenbürgen 1944***

***Der Anteil des Landes Salzburg an der
Wiederbegründung der Universität 1962***

SALZBURG
Geschichte & Politik
Mitteilungen der Dr. Hans Lechner-Forschungsgesellschaft
25. Jahrgang, Heft 1/2, September 2015

Herausgeber:

Dr. Hans Lechner-Forschungsgesellschaft
Vorsitzender: 2. Landtagspräsident a.D. MMag. Michael Neureiter

Redaktion:

Dr. Hans Lechner-Forschungsgesellschaft, Pfeifergasse 14, 5020 Salzburg
office@lechner-forschungsgesellschaft.at
www.lechner-forschungsgesellschaft.at

Medieninhaber:

Dr. Hans Lechner-Forschungsgesellschaft, Pfeifergasse 14, 5020 Salzburg

Förderer:

Land Salzburg
Landeshauptstadt Salzburg

Preise: Einzelheft € 12,-
für Schüler und Studenten: € 8,-
Jahresabonnement € 23,-

Druck:

Druckerei Markus Schönleitner, Markt 86, 5431 Kuchl

Blattlinie:

Wissenschaftliche Darstellung von Forschungsergebnissen
auf dem Gebiet der Geschichte und der Politik,
vor allem der christlich-demokratischen Bewegung im Bundesland Salzburg,
ihrer Vorläufer und ihrer nationalen und internationalen Verflechtungen

Für den Inhalt der Beiträge sind ausschließlich die Autoren verantwortlich.

Titelbild:

Das 2014 auf dem Honterusplatz in Elixhausen-Sachsenheim präsentierte
Siebenbürger Wappen mit (v.l.) Dietmar Eichhorn (Siebenbürger Blasmusik),
Sissy Alzner, Obmann Gerhard Alzner, Bürgermeister Markus Kurcz,
Gerhard Oberholzner (Künstler), Gerti Schmid (Frauensschaft) und
Ehrenobmann Stefan Fleischer

DER INHALT

„Für Wahrheit, Freiheit und Recht!“ Das erste Programm der Christlichsozialen Partei Salzburgs 1913 Von Franz Schausberger	5
Flucht aus Siebenbürgen, Integration in Salzburg Die Flucht aus der Gemeinde Botsch in Siebenbürgen 1944 Von Karl W. Edtstadler	24
Heftiges Tauziehen und dramatisches Bemühen Der Anteil des Landes Salzburg an der Wiederbegründung der Universität 1962 Von Herbert Dachs	42
Die Autoren	66
Bildnachweis	67

„Für Wahrheit, Freiheit und Recht!“

Das erste Programm der Christlichsozialen Partei Salzburgs 1913

Von Franz Schausberger

Am 1. Mai 1913 gab sich die Christlichsoziale Partei des Kronlandes Salzburg ihr erstes Parteiprogramm, was als Schlusspunkt der Entstehungsphase der Partei angesehen werden kann. Bei den Landtagswahlen im Jahr 1909 hatte die Christlichsoziale Partei ihre Mehrheit im Landtag zurückerobert und stellte mit Prälat Alois Winkler den Landeshauptmann.¹

Die Christlichsoziale Partei auf Reichsebene formiert sich.

Im Frühjahr 1891 waren die neu entstandenen Christlichsozialen unter der Führung Karl Luegers erstmals in den Reichsrat gewählt worden. Programmatisch standen sie – vor allem in der brennenden „sozialen Frage“ – auf der Grundlage der Enzyklika „Rerum Novarum“ von



Papst Leo XIII., veröffentlicht am 15. Mai 1891. Am 27. Juli 1891 sprach Lueger schon von einer „Christlichsozialen Partei“. Nachdem Papst Leo XIII. das Programm der Christlichsozialen gebilligt hatte, beschlossen sie am 17. Mai 1895 eine programmatische Resolution, die noch nicht als Parteiprogramm angesehen werden kann.²

Abb. 1: Dr. Karl Lueger (1844-1910) gründete 1893 die Christlich-soziale Partei. Er war von 1897 bis 1910 Bürgermeister von Wien.

Am 14. Mai 1907 fanden die ersten Reichsratswahlen auf Grund der Wahlreform von 1907 statt. Es waren damit die ersten allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen, die Frauen waren allerdings noch ausgeschlossen. Die Christlichsozialen hielten am 11. März 1907 unter dem Vorsitz ihres Obmanns Prinz Aloys Liechtenstein in Wien ihren ersten Reichsparteitag ab und beschlossen ein Wahlmanifest, das als das erste eigentliche Parteiprogramm der Christlichsozialen bezeichnet werden kann.³ Die katholischen Salzburger Kandidaten zur Reichsratswahl 1907 vertraten explizit das christlichsoziale Parteiprogramm mit einem Schwerpunkt auf sozialen Fragen.

Nach den Wahlen von 1907 traten die Christlichsozialen in die Regierung ein, wurden zur staatstragenden Partei und mussten nun auch massiv die agrarischen Forderungen mittragen. Am 1. Juni 1907 schlossen sich die katholisch-konservativen Reichsratsabgeordneten der Länder Oberösterreich, Salzburg und Steiermark den Christlichsozialen Abgeordneten an.⁴ Die christlichsoziale Bewegung wurde, vor allem nach dem Tod Luegers 1910, von einer Partei der kleinen Leute immer mehr zu einer Partei der Besitzenden, der Bauern gegen die Landarbeiter und Dienstboten, der Meister gegen die Lehrlinge und Gesellen, der Hausherren gegen die Mieter, die Lage der christlichsozialen Arbeiterorganisation Kunschaks wurde immer prekärer.

Außerdem ging der deutsch-nationale Flügel der Lueger'schen „Volkspartei“ verloren, die Partei schrumpfte auf ihren harten katholischen Kern zusammen, der sozialreformerische Elan erschlaffte. All das führte zu einer massiven Wahlniederlage 1911, vor allem in Wien. Das agrarische Element gewann in der Folge weiter an Übergewicht, vor allem auch auf Grund des Erstarkens der Länderorganisationen der Christlichsozialen Partei.⁵ Tiefe Gräben innerhalb der Wiener Christlichsozialen Partei sowie zwischen Wien und den Ländern führten nach Luegers Tod zum Abstieg der Christlichsozialen Reichspartei.⁶ Aus der scharfen Oppositionsbewegung war eine staatstragende Partei geworden, eine Partei des politischen Katholizismus. Aus einer sozialreformatischen wurde eine sozialkonservative Partei, und außerdem hatten sich die föderalistischen Kräfte gegen die eher zentralistischen Kräfte der Wiener Partei durchgesetzt.⁷

Das Werden der Christlichsozialen Partei in Salzburg

In Salzburg hatte sich die Christlichsoziale Partei aus drei Kräften und in mehreren Schritten gebildet.

- Die eine, wohl stärkste Kraft war der Katholische Bauernbund, der sich im Juli 1906 konstituierte und alle katholischen Parteigänger der ländlichen Wahlkreise vereinte.
- Der aus dem katholisch-konservativen Lager gebildete „Katholisch-politische Volksverein“, eine wenig aktive Honoratiorenvereinigung, löste sich Mitte 1906 auf. An seine Stelle trat der am 18. November 1906 konstituierte „Patriotische Verein“, der auf Grund seiner personellen und sachlichen Basis schon als „christlichsoziale“ Gründung angesehen werden kann. Die Hauptreden hielten am Gründungstag der kurze Zeit später von Brunn nach Salzburg als Chefredakteur der „Salzburger Chronik“ berufene Christlichsoziale Franz Eckardt und der christlichsoziale Abgeordnete Julius Axmann⁸ aus Wien. Die Funktion des Obmanns übernahm der Gastwirt und Chronik-Redakteur Karl Held⁹. Der „Patriotische Verein“ hatte seine Schwerpunkte in der Stadt Salzburg und im Zentralraum, in Abtenau und Zell am See. Am 7. Februar 1909 wurde schließlich der „Patriotische Verein“ endgültig in „Christlichsozialer Verein“ umbenannt, der auch nach der Gründung der Christlichsozialen Partei noch bestehen blieb.¹⁰ Held war Obmann des Christlichsozialen Vereins von 1909 bis 1913, sein Nachfolger wurde der christlichsoziale Gemeinderat Paul Geppert¹¹.
- Die dritte Kraft bildete der 1900 gegründete „Katholisch-politische Arbeiterverein“, der sich ab 1903 „Christlichsozialer Arbeiterverein“ nannte.¹²
- Nach den Reichsratswahlen 1907 vereinigten sich in Salzburg diese drei Kräfte: Der Vollzugsausschuss des Katholischen Bauernbundes und der Vollzugsausschuss des „Patriotischen Vereins“ (einschließlich des „Katholisch-politischen Arbeitervereins“)



bildeten gemeinsam die „Christlichsoziale Partei der Städte und Märkte des Kronlandes Salzburg“. Am 6. Oktober 1907 wurde eine provisorische Parteileitung der neuen Christlichsozialen Partei gewählt. Der Architekt Paul Geppert wurde zum Obmann, Chefredakteur Franz Eckardt zu seinem Stellvertreter und Karl Held zum Schriftführer gewählt.

Abb. 2: Franz Eckardt, (1854-1915), Obmann der Christlichsozialen Partei des Kronlandes Salzburg von 1910 bis 1913

Der christlichsoziale Parteiobmann Salzburgs Franz Eckardt

Ab dem Jahr 1910 war der Chefredakteur der „Salzburger Chronik“, Franz Eckardt, Parteiobmann der Christlichsozialen Partei des Kronlandes Salzburg. Er wurde am 9. Dezember 1854 im äußersten Nordwesten Deutschlands geboren, manches Herbe, Kantige und Harte in seinem Wesen wurde im weicheren Österreich nicht selten missverstanden. Mütterlicherseits stammte er aus einer deutschen Pastorenfamilie und konvertierte später zum Katholizismus, wofür er - nach eigener Aussage - Familie, Heimat, Karriere und mütterliches Erbteil opferte. Nach dem Gymnasium studierte er Deutsch, Geschichte und Geographie und wurde Erzieher in der fürstlichen Familie Colloredo-Mansfeld.

1882 kam er nach Österreich und lernte Karl von Vogelsang kennen. Auf Grund seiner schriftstellerischen Begabung trat er 1888 über Vermittlung des mit ihm befreundeten Freiherrn Karl von Vogelsang als Korrektor, Aushilfsredakteur und Revisor in die Redaktion der katholisch-konservativen Wiener Zeitung „Das Vaterland“ ein. 1892 warben ihn Ambros Opitz¹³ und Albert Geßmann¹⁴ für die neu zu gründende „Reichspost“ an. Dort arbeitete er unter der Leitung von Anton Weimar

und Ambros Opitz als Redakteur. Er tat sich besonders als Theaterkritiker hervor.

Eckardt unterstützte auch den organisatorischen Aufbau der aufsteigenden christlichsozialen Partei Luegers. Der Führer der deutschen Katholiken Mährens, Graf Ferdinand August Spiegel zum Diesenberg, trug ihm die Leitung der Redaktion und die Herausgeberschaft des „Mährischen Volksboten“¹⁵ an, weshalb Eckardt im Juni 1896 nach Brünn übersiedelte. Mit Unterstützung von Fürsterzbischof Franz Sales Bauer von Olmütz baute er eine christlichsoziale Landespartei auf.

Im Herbst 1906 trat die christlichsoziale Partei Salzburgs an ihn mit dem Angebot heran, als Chefredakteur der „Salzburger Chronik“ die Nachfolge des erkrankten Franz Ledermüller¹⁶ anzutreten. Man hatte sich entschlossen, die Leitung der Zeitung einem hauptamtlichen Berufsjournalisten und Laien zu übertragen. In einer Versammlung des „patriotischen Vereines“ beim Mödlhamer-Wirt hielt Eckardt eine Programmrede, die die Salzburger überzeugte. Anfang Dezember 1906 kam er nach Salzburg und übernahm von Ledermüller am 15. Dezember die Leitung der Redaktion. Sorgen des katholisch-konservativen Kardinals Katschthaler gegenüber dem christlichsozialen Eckardt um den innerkatholischen Frieden im Land konnte dieser zerstreuen.

Unter Eckardts Leitung nahm die Chronik einen beachtlichen Aufschwung und stand bald auch finanziell gesichert da. Daneben schrieb er auch politische Beiträge für die Münchner „Allgemeine Rundschau“. Der neue Chefredakteur zeigte große rednerische und organisatorische Begabung, großes Wissen im Bereich der Politik und Literatur. Dazu kamen ein peinlicher Ordnungssinn, Genauigkeit und ein hohes Verantwortungsgefühl. Er engagierte sich in weiterer Folge sehr im Piusverein¹⁷ und trat in vielen Versammlungen als Redner auf. Von seiner Tätigkeit als Parteiobmann der Christlichsozialen Partei Salzburgs war in den Nachrufen allerdings nicht die Rede.¹⁸

Am christlichsozialen Landesparteitag am 1. Mai 1913 hatte Chefredakteur Franz Eckardt die Erklärung abgegeben, dass er unter keinen

Umständen länger als bis Ende 1913 die Funktion als Obmann der Christlichsozialen Landespartei in Salzburg behalten könne. Offensichtlich aus gesundheitlichen Gründen war er während des ganzen Juli 1913 von seiner Tätigkeit als Chefredakteur beurlaubt. Innerparteiliche Spannungen vor allem mit dem Bauernbund in den kommenden Monaten veranlassten ihn aber, die Obmannstelle schon am 14. Juli 1913 zurückzulegen. Die Leitung der Partei übernahmen vorläufig die beiden Obmannstellvertreter Gemeinderat Josef Preis¹⁹ und Redakteur Franz Schmitz bis zur Wahl eines neuen Obmanns.²⁰

Eckardt starb am 7. August 1915 um fünf Uhr früh in Salzburg. Bereits im Jänner 1915 konnte er wegen Krankheit seiner Arbeit als Chefredakteur der Salzburger Chronik mehrere Wochen lang nicht nachkommen. Im Mai 1915 hatte ihn ein Herzleiden, verursacht durch übermäßige Strapazen im Kriegseinsatz, dazu gezwungen, einen Erholungsurlaub zu nehmen. Am 1. Juni trat er den Urlaub in Traunstein an, aus dem er am 4. August sterbend nach Salzburg ins St. Johannis-Spital zurück gebracht wurde. Eine notwendige Operation konnte nicht mehr vorgenommen werden.

Chefredakteur Eckardt wurde am 9. August 1915 unter großer Teilnahme am Kommunalfriedhof begraben, die Einsegnung nahm Universitätsprofessor Ignaz Seipel²¹ vor. Eckardt hinterließ seine Frau Clara, zwei Töchter und einen Sohn.²²

Der erste christlichsoziale Landesparteitag im Kronland Salzburg und sein politisches Umfeld

Nachdem die Wiener Christlichsoziale Partei bei ihrem Parteitag am 6. Jänner 1912 den ersten Schritt zu ihrer Konsolidierung gesetzt und sich ein Parteistatut als Grundlage für den Aufbau einer funktionsfähigen Organisation gegeben hatte, begannen auch die Länderorganisationen, sich programmatisch und organisatorisch zu festigen.

Der erste christlichsoziale Landesparteitag für die Städte und Märkte des Kronlandes Salzburg fand am 1. Mai 1913 im Saal des katholischen

Gesellenvereins in Salzburg statt. 62 Vertrauensmänner waren aus 18 Orten des Landes zusammengekommen. Der Obmann der christlichsozialen Parteileitung für das Kronland Salzburg, Chefredakteur Franz Eckardt, konnte als Ehrengäste den Reichsratsabgeordneten Franz Heilmeyer²³, die Mitglieder des Landesausschusses Alois Rottensteiner²⁴ und Domvikar Daniel Etter²⁵, die Landtagsabgeordneten Michael Mayr²⁶ (Innsbruck), Josef Schwinner²⁷ (Steyr), Aubert Salzmann²⁸ (Wels) und Jakob Huber²⁹ (Golling) begrüßen.

Der wesentliche Punkt dieses Parteitages war die Verabschiedung eines christlichsozialen Parteiprogramms, das von Redakteur Franz Schmitz ausgearbeitet worden war und dem Landesparteitag nunmehr vorgelesen wurde. Schmitz verwies auf die Dringlichkeit der öffentlichen Präsentation dieses Programms auf Grund der Ereignisse der jüngsten Zeit. Er verwies dabei vor allem auf das Bündnis der Christlichsozialen und der Deutschnationalen in Wien gegen die Sozialdemokraten und Juden. Dazu gab es kritische Stimmen, die davon sprachen, dass dadurch das christlichsoziale Programm verwässert oder gar preisgegeben würde. Soweit dieses Bündnis ein gemeinsames Vorgehen der staaterhaltenden Parteien der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien gegen die Umsturzparteien darstelle, werde es auch von den Christlichsozialen in der Provinz begrüßt und gutgeheißen. Das hieße aber nicht, dass ein solches Bündnis auch überall anders nachgeahmt werden müsse. Sollte diese Kooperation in Wien nämlich auf Kosten des christlichsozialen Programms oder des Besitzstands der Christlichsozialen Partei gehen, müsse auf das Entschiedenste dagegen protestiert werden. Dazu gäbe es noch „die Nörgler und Quertreiber auf katholischer Seite“, die die Christlichsoziale Partei verdächtigten, das altbewährte Programm Luegers zu verlassen oder es auf ganz anderen Grundsätzen aufzubauen und daher neuen Parteibildungen das Wort redeten. Solche Kräfte hätten in Salzburg bisher keinen Boden fassen können.³⁰

Die Beschlussfassung des Wahlprogramms der Salzburger Christlichsozialen hatte also auch einen übergeordneten Hintergrund. Die Christlichsozialen in Wien hatten bei den Wahlen 1911 nicht zuletzt deshalb ein Debakel erleben müssen, weil es ein De-Facto-Wahlbündnis von

Deutschnationalen und Sozialdemokraten gegeben hatte.³¹ Nunmehr, zwei Jahre später, war es den Wiener Christlichsozialen unter Bürgermeister Weiskirchner gelungen, ein Wahlbündnis der „vereinigten deutschen Christen gegen den jüdischen Rotblock“ zu bilden, um bei den nächsten Wahlen das verlorene Terrain wieder gut zu machen. Man berief sich darauf, dass es schon unter Lueger 1894 Wahlbündnisse mit den gemäßigten Deutschnationalen gegeben habe. Mittelstandsprogramm und Antisemitismus seien die beiden wichtigsten Gemeinsamkeiten der beiden Parteien.³² Schon bei einigen Ergänzungswahlen in Niederösterreich im März 1913 und wieder bei Bezirkswahlen in Wien im April 1913 schlossen Christlichsoziale und Deutschnationale ein Wahlübereinkommen „gegen Sozialdemokratie und Judentum“ und waren damit durchaus erfolgreich.³³

Dieses neue Bündnis wurde vor allem in den westlichen Ländern mit ziemlich großem Misstrauen betrachtet. Insbesondere in Salzburg sah man auf Grund der ständigen Hetze des großdeutschen „Salzburger Volksblatts“ gegen die Katholiken diese Entwicklung auf Wiener Ebene mit Erbitterung. Man befürchtete, dass die Christlichsoziale Partei in Wien wegen dieser Zusammenarbeit ihre Grundsätze aufgeben bzw. zumindest verwässern würde. Mit der Wahl Weiskirchners zum Bürgermeister von Wien stellte sich allerdings – aus der Sicht der Salzburger Christlichsozialen – ein Wendepunkt in den Wiener Parteiverhältnissen ein. Mit Freude stellte man in Salzburg fest, dass es Weiskirchner mit großem Geschick gelungen war, die Gegensätze in seiner Partei zu beseitigen. „So sehen wir Christlichsozialen in den Kronländern mit freudiger Genugtuung eine Regenerierung der Wiener Partei im Geiste Luegers“, schrieb die Salzburger Chronik.³⁴

So wurde es schließlich auch als positiv empfunden, dass es Weiskirchner gelang, einen Teil der liberalen Opposition, die bisher fast nur Obstruktion betrieb, für sich und eine konstruktive Mitarbeit im Gemeinderat zu gewinnen. Im Zuge der neuen Kooperation mit Teilen der Großdeutschen beeilte sich Bürgermeister Weiskirchner zu beruhigen: „Es wurden auch - auf beiden Seiten - keine Verpflichtungen eingegangen. Und ich war es, der in allen Versammlungen erklärt hat:

Meine Herren Deutschnationalen, Sie bleiben bei Ihrer Meinung, und es wird auch nicht um Haaresbreite von dem Programme Dr. Luegers abgegangen werden, jetzt nicht und in alle Zukunft nicht. Ich würde auch sehr bedauern, wenn jemand glauben würde, dass unsere katholische Überzeugung durch ein politisch-taktisches Zusammengehen mit anderen Gruppen deutscher Parteien beeinträchtigt werden könnte.“³⁵ Weiskirchner verwies auf die kommenden Gemeinderatswahlen 1914 in Wien, die von weitreichender Bedeutung sein würden, und für die alle bürgerlichen Elemente zu einer Phalanx gegen die internationale Sozialdemokratie vereint werden müssten. Die deutsch-christliche Mehrheit im Wiener Gemeinderat müsse erhalten bleiben, um das Programm Luegers fortzusetzen. Es gelte weiterhin das Wort Luegers: „Gut deutsch, gut christlich, gut österreichisch!“³⁶ Zu dieser Wahl kam es allerdings wegen des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs nicht mehr.

Diese Hinwendung zu den Deutschnationalen auf der Ebene der Stadt Wien ließ es den Salzburger Christlichsozialen notwendig erscheinen, ihre programmatische Position deutlich zu formulieren. Immerhin war in Salzburg die Deutschfreiheitliche Partei der direkte Konkurrent der Christlichsozialen. Die Landeshauptmänner Albert Schumacher Ritter von Tännengau (deutschfreiheitlich) und Alois Winkler (katholisch-konservativ/christlichsozial) wechselten einander je nach Mehrheit im Landtag ab.³⁷ Die Christlichsozialen standen in Salzburg weder in der Gefahr einer sozialdemokratischen Mehrheit noch unter einem starken Einfluss des jüdischen Elements.³⁸

Nachdem das neue Parteiprogramm einstimmig beschlossen worden war, berichtete Parteiobermann Eckardt über den Ausbau der Parteiorganisation. Die anschließende Diskussion fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt, an ihr nahmen die Herren Krinner, Kammelreiter, Schmitz und Abgeordneter Prof. Mayr teil. Die Anträge des Obmanns wurden einstimmig angenommen.

Ebenfalls unter Ausschluss der Öffentlichkeit berichtete Eckardt über die Stellung der Salzburger Christlichsozialen zur Reichspartei. Der Parteitag beschloss einstimmig, an den Parteivorsitzenden der

Reichspartei, Prinz Aloys zu Liechtenstein, heranzutreten, dass noch im Vorsommer 1913 ein Reichsparteitag nach Wien einberufen werde.³⁹ Die Abgeordneten Schwinner und Mayr berichteten über die Erfahrungen in Oberösterreich, Kärnten und in Tirol. An der Debatte beteiligten sich außerdem Landesausschussmitglied Daniel Etter, Reichsratsabgeordneter Franz Heilmeyer, Kooperator Heinrich Weinstabl, Herr Steinwender, Obmann des Verkehrsbundes der christlichen Eisenbahner⁴⁰, Landtagsabgeordneter Salzmann aus Wels sowie Arbeitersekretär Josef Bachinger und Gemeinderat Josef Preis. Die Anträge des Parteiobmannes wurden einstimmig angenommen.

Über die Agitationsarbeit der Partei berichtete Parteisekretär Franz Gollackner⁴¹. Auch sein Bericht wurde vertraulich behandelt, seine



Anträge wurden einstimmig angenommen. An der Diskussion nahmen Abgeordneter Schwinner, Verkehrsbund-Vertreter Wallaberger, Kooperator Heinrich Weinstabl⁴², Gemeinderat Josef Preis und Ludwig Hölle-
rer⁴³ aus Saalfelden, der wertvolle Anregungen zur Agitationsarbeit gab, teil. Dann wurde der Parteitag geschlossen.

Abb. 3: Franz Schmitz (1874-1919), der „Parteiideologe“

Franz Schmitz, der Verfasser des Parteiprogramms

Wer war nun der Mann, der es übernommen hatte, das Parteiprogramm der Salzburger Christlichsozialen auszuarbeiten? Es überrascht, dass auch der Verfasser des christlichsozialen Parteiprogramms, der Priester Franz Schmitz, der „Mastermind“ der frühen christlichsozialen Partei Salzburgs, aus Deutschland kam – so wie auch der erste Parteiobmann

Eckardt. Schmitz wurde 1874 in der Nähe von Köln geboren, wurde mit zwei Jahren Vollwaise und von Verwandten aufgezogen. Von 1887 bis 1892 im Missionshaus Steyl in den Niederlanden ausgebildet, absolvierte er seine philosophischen Studien 1892 bis 1894 im Missionshaus St. Gabriel bei Mödling, ging 1894 nach Rom an das Collegium Sancti Bonifatii und schließlich an das Salzburger Priesterseminar.

1897 wurde Schmitz zum Priester geweiht, wurde im selben Jahr Kooperator in Zell am Ziller, 1898 in St. Johann im Pongau und 1902 an der Stadtpfarre St. Andrä in Salzburg. Außerdem war er seit 1903 Redakteur der Salzburger Kirchenzeitung und seit 1906 Religionsprofessor am Mädchenlyzeum in Salzburg. Ab 1909 war Schmitz Mitarbeiter des Katholischen Volksbundes und ab 1911 Mitorganisator von dessen „Sozialer Woche“. 1913 wurde ihm die Stelle des Generaldirektors des Katholischen Volksbundes in Wien angeboten, allerdings versagte ihm das fürsterzbischöfliche Konsistorium in Salzburg die Zustimmung. Man konnte nicht auf ihn verzichten.

Im Ersten Weltkrieg war er freiwilliger Feldkurat beim 1. Landsturmregiment - vom 15. August 1914 bis zu seiner Verwundung am 15. Oktober 1918 an der Piave. Er war Mitglied der CV-Verbindung Marco-Danubia und stark beeinflusst vom rheinischen Katholizismus und dessen ausgeprägtem sozialen und politischen Engagement. Schmitz war ein begabter Redner und sprach bei vielen Gesellenvereinen in Salzburg, Tirol, Ober- und Niederösterreich und in seiner rheinischen Heimat. 1905 übernahm er die Stelle des Präses des Salzburger Gesellenvereins. Das Gesellenhaus baute er zum sozialen Schulungs- und Aktionszentrum des politischen Katholizismus und vor allem der katholischen Arbeiterbewegung in Salzburg aus. Mit seinem Namensvetter Richard Schmitz, der in Wien den katholischen Volksbund leitete, war er nicht nur über den Cartellverband, sondern auch als Freund eng verbunden.

Franz Schmitz kann als erster Parteiideologe der Salzburger Christlichsozialen bezeichnet werden, der nicht nur ganz entscheidend den

Aufbau der Organisationsstrukturen der Partei (Arbeitersekretariat, Parteisekretariat, Vertrauensmännernetzwerk) vorantrieb, sondern auch für die Formulierung der Parteiprogramme von 1913 und 1918 hauptverantwortlich zeichnete. Nach seiner Heimkehr aus dem Krieg 1918 richtete er im Gesellenhaus das erste Parteisekretariat der Christlichsozialen Partei ein und wurde erster Landesparteisekretär der Christlichsozialen Partei Salzburgs, womit er die Hauptverantwortung für die christlichsoziale Wahlbewegung bei den ersten Wahlen in der jungen Republik am 6. April 1919 erfolgreich trug. Wenige Monate später, am 7. August 1919, erlag er den Folgen seiner schweren Kriegsverwundungen. Sein enger Freund, der Wiener Gemeinderat Richard Schmitz, widmete ihm einen berührenden Nachruf in der „Reichspost“.⁴⁴

Das Parteiprogramm im Wortlaut und seine Kommentierung

Nun soll das Parteiprogramm der Christlichsozialen Partei der Städte und Märkte des Kronlandes Salzburg im Wortlaut dokumentiert werden.

„Für Wahrheit, Freiheit und Recht!“

Die Christlichsoziale Partei der Städte und Märkte des Kronlandes Salzburg stellt für ihre Tätigkeit folgende programmatische Grundsätze auf:

- 1. Als Glied der Christlichsozialen Reichs- und Landespartei betrachtet sie sich als eine rein politische Partei, die auf dem Boden der österreichischen Staatsverfassung steht, als solche den großösterreichischen Staatsgedanken mit schärfster Bekämpfung aller antidynastischen, staatsfeindlichen und revolutionären Bestrebungen unter Wahrung der autonomen Landesverwaltung und des deutschen Charakters des Kronlandes Salzburg vertritt.*
- 2. Als wahre Volkspartei hält sie am demokratischen Prinzip fest, welches sie zur Geltung bringen sucht;*
 - a) in der Parteiorganisation, Parteileitung und Parteivertretung;*
 - b) in einem gerechten Wahlrecht für Landtag und Gemeindevertretungen mit entsprechender Vertretung der Minderheiten;*

- c) *in einer gerechten Steuerpolitik mit Differenzierung der Steuerleistung nach der Leistungsfähigkeit der Steuerträger;*
 - d) *in einer gesunden modernen Mittelstandsfürsorge für die arbeitenden Stände des Volkes;*
 - e) *in der geistigen und materiellen Hebung der Bevölkerung, namentlich der Arbeiterbevölkerung;*
 - f) *im solidarischen Zusammenschluss der arbeitenden Stände, ob sie nun geistige oder materielle Werte schaffen, ob sie im Handel und Gewerbe, in Industrie oder Landwirtschaft tätig sind.*
3. *Als christliche Volkspartei hält sie am solidesten Fundament der bestehenden Gesellschaftsordnung und wichtigsten Faktor einer gesunden Sozialreform, nämlich der christlichen Religion, dem christlichen Sittengesetze und der christlichen Gesellschaftsordnung fest und tritt daher für den Schutz der christlichen Ehe, der christlichen Familie und christlichen Schule sowie für die volle bürgerliche und religiöse Freiheit aller Staatsangehörigen ein.*
- Die Christlichsoziale Partei der Städte und Märkte des Kronlandes Salzburg bekennt sich somit zum unverfälschten Programm des unvergesslichen genialen Führers Dr. Karl Lueger nach dem Grundsatz: Durch das Volk für das Volk!“*

Schmitz erwartete, dass manchem dieses Programm zu kurz erscheinen und der eine oder andere darin gar manches vermissen würde, das er darin gerne angeführt sehe. Diesen hielt er entgegen, dass politische Parteiprogramme nicht in unfruchtbarem Doktrinarismus aufgehen dürften, wie dies vielfach der Fehler abgewirtschafteter Parteien war und sei. Damit entsprach es der Lueger'schen Tradition, die sowohl zu starre Organisationsstrukturen als auch zu detaillierte programmatische Festlegungen ablehnte. Politik sei etwas sehr Wandelbares und von vielen verschiedenen, oft unvorhersehbaren Faktoren abhängig. Politische Parteien, die sich in ihrer Arbeit und in ihren Programmen von einem unfruchtbaren Doktrinarismus leiten ließen, würden dadurch oftmals den Konnex zu den tatsächlichen Verhältnissen verlieren. Sie könnten die bis ins Einzelne im Programm festgelegten Forderungen nicht erfüllen, was bei den Wählern Unzufriedenheit hervorrufe

und diese Parteien der Bevölkerung entfremde. Daher sollte ein Parteiprogramm nur die Grundsätze beinhalten, nach denen die Partei die aktuell auftretenden Fragen, seien es politische, religiöse, kulturelle, soziale oder wirtschaftliche Fragen, im Einzelnen zu beurteilen und zu lösen habe. Auf diese Weise sei auch die erfolgreiche und mustergültige deutsche Zentrumspartei vorgegangen, deren Programm in drei kurzen Sätzen die Grundsätze ihrer Politik festlege. Nach diesem Muster sei auch das Programm für die Christlichsoziale Partei Salzburg erstellt worden. Auf diese Weise würde das Parteiprogramm das beste Werbe- und Agitationsmittel für die Christlichsozialen sein.

Nach dieser Rede von Franz Schmitz, die mit Beifall aufgenommen worden war, wurde das Parteiprogramm ohne Debatte einstimmig angenommen.

Das Programm sollte also, wie Schmitz einleitend betonte, auf den programmatischen Grundlagen Luegers fußen. Es war ein Programm für alle Volksgruppen und alle Berufsstände. Die Christlichsozialen Salzburgs bezeichneten sich eindeutig als „Volkspartei“, die christlich und deutsch war. Sie war eine Staatspartei, die zur Habsburger-Dynastie in Treue stand, allerdings auf der Basis der Autonomie der Landesverwaltung: Sie hatte einen föderalistischen Charakter im Gegensatz zum Programm der Reichspartei. Besonders betont wurde das demokratische Prinzip, sowohl was die innerparteiliche Entscheidungsstruktur betraf als auch die Politik insgesamt, d. h. auch beim Wahlrecht für den Salzburger Landtag. Das Programm hatte auch noch einen starken sozialreformatorischen Ansatz und betonte vor allem den Einsatz für die Arbeiterschaft. Hier machte sich der Gesellenhaus-Präses Franz Schmitz bemerkbar.

Das Programm beinhaltete – im Gegensatz zum Wahlmanifest der christlichsozialen Reichspartei aus dem Jahr 1907 – keinerlei antisemitische, anti-freimaurerische und anti-sozialdemokratische Formulierungen und war um vieles kürzer.⁴⁵ Trotzdem darf man nicht übersehen, dass etwa die christlichsoziale Salzburger Chronik sehr stark antisemitisch agierte und in der Christlichsozialen Partei Salzburgs

untadelige Persönlichkeiten – vor allem in der Arbeiterbewegung – tätig waren, die als prononcierte Antisemiten auftraten, wie etwa der spätere Bürgermeister der Stadt Salzburg, Josef Preis.⁴⁶

Bald nach dem Salzburger Parteitag bildete sich am 18. Mai 1913 auf ihrem ersten Landesparteitag die Christlichsoziale Landespartei Niederösterreichs. Damit hatten sich die wichtigsten christlich-sozialen Landesparteien organisiert, und es ging nun darum, die allgemeine Reichspartei neu aufzustellen. Die Reichsparteileitung, die auf Prinz Liechtenstein zusammengeschmolzen war, musste neu gewählt werden, ein Reichsparteitag sollte dazu möglichst bald einberufen werden.⁴⁷

Anmerkungen:

¹ Winkler war schon von 1897 bis 1902 Landeshauptmann gewesen.

² Vgl. Klaus Berchtold: Österreichische Parteiprogramme 1868 – 1966.- Wien 1967. S. 50 f.

³ Ebda. S. 174 ff.

⁴ Vgl. Reichspost. 2. 6. 1907. S. 6.

⁵ Vgl. Ernst Bruckmüller: Die Entwicklung der Christlichsozialen Partei bis zum Ersten Weltkrieg. In: Christliche Demokratie. 4/91-92. Schriften des Karl-von-Vogelsang Instituts.- S. 361 f.

⁶ Vgl. John W. Boyer: Tradition und Wandel - die Christlichsoziale Partei am Vorabend des Ersten Weltkrieges. In: Helmut Wohnout (Hg.): Demokratie und Geschichte. Jahrbuch des Karl von Vogelsang-Instituts zur Erforschung der Geschichte der christlichen Demokratie in Österreich. Jahrgang 9/10. 2005/2006.- Wien, Köln, Weimar 2007. S. 13

⁷ Vgl. Christian Mertens: Zwischen Krise und Konsolidierung. Die Christlichsoziale Partei Wiens vom Tod Luegers bis in die Frühzeit der Republik. In: Helmut Wohnout (Hg.): Demokratie und Geschichte. Jahrbuch des Karl von Vogelsang-Instituts zur Erforschung der Geschichte der christlichen Demokratie in Österreich. Jahrgang 7/8. 2003/2004.- Wien, Köln, Weimar 2005. S. 164.

⁸ Julius Axmann (1858 - 1929) war ein österreichischer christlichsozialer Politiker und Handelsangestellter. Er war von 1897 bis 1907 Abgeordneter des Österreichischen Reichsrates, von 1900 bis 1912 Gemeinderat in Wien und von 1909 bis 1919

Abgeordneter zum Landtag von Niederösterreich. Axmann war ein Mitkämpfer Karl Luegers und Leopold Kunschaks.

- ⁹ Karl Held (1878 - ?), Gemeinderat der Stadt Salzburg 1905 – 1911 und 1913/14. Er organisierte im Frühjahr 1903 eine öffentliche Wählerversammlung der „christlichen Parteien“ zur Gemeinderatswahl 1903, was als Start der christlichsozialen Kommunalpolitik in der Stadt Salzburg angesehen werden kann. Im Oktober 1904 trat er in die Redaktion der Salzburger Chronik ein, war Obmann des Volksvereins, dann des Patriotischen und später des Christlichsozialen Vereins. 1913 verließ er Salzburg. Vgl. Rupert Klieber: Politischer Katholizismus in der Provinz. Salzburgs Christlichsoziale in der Parteienlandschaft Alt-Österreichs.- Salzburg 1994. S. 245 f.
- ¹⁰ Ebda. S. 193 f und S. 196.
- ¹¹ Paul Geppert (1875 – 1965), christlichsozialer Gemeinderat der Stadt Salzburg 1919 – 1926. Vgl. Rupert Klieber: Politischer Katholizismus, a. a. O. S. 244.
- ¹² Vgl. Hanns Haas: Bäuerliche Lebenswelt um 1900. Katholisch-Konservative, Christlichsoziale und Deutschkonservative. In: Heinz Dopsch, Hans Spatzenegger (Hg.): Geschichte Salzburgs. Stadt und Land. Band II. Neuzeit und Zeitgeschichte. 2. Teil.- Salzburg 1988. S. 933.
- ¹³ Ambros Opitz (1846 – 1907), katholischer Theologe und christlichsozialer Landtagsabgeordneter im böhmischen Landtag, gründete und leitete mehrere katholische Zeitungen, darunter auch die Reichspost.
- ¹⁴ Albert Gessmann (1852 – 1920), Bibliothekar und christlichsozialer Politiker. Mitglied des Wiener Gemeinderats, des Österreichischen Reichsrats, des Landtags von Niederösterreich und des Herrenhauses. Minister ohne Portefeuille im Kabinett Beck, Minister für Öffentliche Arbeit in Cisleithanien. Ab 1910 Obmann des Christlichsozialen Verbandes. Neben Karl Lueger Mitbegründer der Christlichsozialen Partei Österreichs.
- ¹⁵ Der „Mährische Volksbote“ wurde 1891 als Organ des patriotischen Volksvereins für das „christliche Volk“ in Brünn vom katholischen Priester Clemens Janetschek gegründet. Die Zeitung bestand bis 1918. Vgl. Kurt Augustinus Huber: Katholische Kirche und Kultur in Böhmen. Münster 2005. S. 124 f.
- ¹⁶ Franz Ledermüller (1873 – 1911), ab 1907 Stiftskapitular von Mattsee. Ab 1901 Chefredakteur der Salzburger Chronik. Vgl. Rupert Klieber: Politischer Katholizismus in der Provinz. S. 249.
- ¹⁷ Der österreichische Piusverein wurde 1905 als Folge des fünften Österreichischen Katholikentages über Initiative des Jesuitenpaters Viktor Kolb gegründet. Seine Hauptaufgabe war die Förderung der katholischen Presse.

- ¹⁸ Vgl. Salzburger Chronik. 8. 8. 1915. S. 1. Reichspost. 7. 8. 1915. S. 18. Vgl. auch Rupert Klieber: Politischer Katholizismus in der Provinz. S. 242.
- ¹⁹ Josef Preis (1867 – 1944). 1919 – 1927 christlichsozialer Bürgermeister der Stadt Salzburg. 1927 – 1934 Vizebürgermeister. 1918 – 1934 Landtagsabgeordneter.
- ²⁰ Vgl. Salzburger Chronik. 29. 6. 1913. S. 7. Salzburger Chronik. 15. 7. 1913. S. 4.
- ²¹ Ignaz Seipel war seit 1909 als ordentlicher Professor für Moraltheologie in Salzburg tätig.
- ²² Vgl. Salzburger Chronik. 11. 8. 1915. S. 4. Sein Sohn Dr. Johannes Eckardt gab die literarische Monatsschrift „Über den Wassern“ heraus und war Bibliothekar des Universitätsvereins.
- ²³ Franz Heilmayer (1858 – 1920), Färbermeister und Ökonomiebesitzer in Mattsee. 1907 – 1918 christlichsoziales Mitglied des Abgeordnetenhauses, 1918/19 Mitglied der Provisorischen Nationalversammlung. 1903 – 1919 Gemeindevorsteher von Mattsee. Vgl. Richard Voithofer: „...dem Kaiser Treue und Gehorsam...“. Ein biografisches Handbuch der politischen Eliten in Salzburg 1861 bis 1918.- Wien, Köln, Weimar 2011. S. 64 f.
- ²⁴ Alois Rottensteiner, Dr. iur. (1850 – 1928). Ab 1883 Hof- und Gerichtsadvokat in Salzburg. 1885 – 1906 Obmann des Katholisch-Politischen Volksvereins in Salzburg. 1890 – 1915 Mitglied des Salzburger Landtags. 1909 – 1918 Mitglied des Landesausschusses. 1918/19 Mitglied der Provisorischen Landesversammlung. 1918 Landesrat. Vgl. Richard Voithofer: „...dem Kaiser Treue und Gehorsam...“. S. 102.
- ²⁵ Daniel Etter (1876 – 1955), Domkapitular, 1906 – 1917 Sekretär des Katholischen Bauernbundes in Salzburg, 1909 – 1915 Mitglied des Salzburger Landtags, 1909 – 1918 Mitglied des Landesausschusses, 1918/19 Mitglied der Provisorischen Landesversammlung, 1919 – 1927 christlichsozialer Landtagsabgeordneter, 1918 – 1922 Landesrat, 1922 – 1927 Mitglied des Bundesrates. Vgl. Richard Voithofer: „...dem Kaiser Treue und Gehorsam...“. S. 49 f.
- ²⁶ Vgl. Friedrich Weissensteiner: Michael Mayr (1864 – 1922). In: Friedrich Weissensteiner, Erika Weinzierl (Hg.): Die österreichischen Bundeskanzler. Leben und Werk.- Wien 1983. S. 54 – 60.
- ²⁷ Dr. iur. Josef Schwinner, (1875 – 1932), Grundbesitzer am Jägernberg in Steyr. Abgeordneter zum Oberösterreichischen Landtag 1909, Mitglied der Provisorischen Landesversammlung 1918/19, Landesrat 1919 – 1927, Landeshauptmann-Stellvertreter von Oberösterreich 1927 – 1931. Mitglied des Bundesrates 1920 – 1925. Vgl. Biographisches Handbuch der österreichischen Parlamentarier 1918 – 1993. Hg. von der Parlamentsdirektion.- Wien 1993. S. 540.

- ²⁸ Dr. Aubert Salzmann (1871 – 1934), Rechtsanwalt, oberösterreichischer Landtagsabgeordneter von 1909 bis 1925. Mitglied des Bundesrates von 1926 bis 1931. Vgl. Harry Slapnicka: Oberösterreich – Die politische Führungsschicht. 1861 – 1918.- Linz 1983. S. 191.
- ²⁹ Jakob Huber (1852 – 1921), christlichsozialer Abgeordneter des Salzburger Landtags von 1902 – 1915. Bürgermeister von Golling, Zimmermeister. Vgl. Richard Voithofer: „...dem Kaiser Treue und Gehorsam...“. S. 68.
- ³⁰ Salzburger Chronik. 4. 5. 1913. S. 1.
- ³¹ Der Wahlkampf spielte sich weniger zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten ab als vielmehr zwischen der Christlichsozialen Partei und den Liberalen, Deutschfreiheitlichen und Deutschnationalen. Diese Gruppen drangen tief in die christlichsozialen Kernschichten ein. Vgl. Christian Mertens: Zwischen Krise und Konsolidierung. S. 163.
- ³² Vgl. Salzburger Chronik. 5. 6. 1913. S. 1.
- ³³ Vgl. Salzburger Chronik. 18. 4. 1913. S. 1.
- ³⁴ Salzburger Chronik. 15. 4. 1913. S. 2.
- ³⁵ Salzburger Chronik. 5. 6. 1913. S. 1.
- ³⁶ Vgl. Salzburger Chronik. 5. 6. 1913. S. 2.
- ³⁷ Vgl. Hundert Jahre selbständiges Land Salzburg. Festschrift des Salzburger Landtags.- Salzburg 1961. S. 109 – 111.
- ³⁸ Salzburg hatte eine der kleinsten Judengemeinden. 1910 waren in Salzburg 285 Juden ansässig.
- ³⁹ Vgl. Salzburger Chronik. 4. 5. 1913. S. 1.
- ⁴⁰ Der Verkehrsbund der christlichen Eisenbahner war 1902 von Georg Pischitz in Oberösterreich gegründet worden. Der Landesverband Salzburg hielt am 18. Juni 1913 seine erste Ausschusssitzung ab und beschloss ein Statut. Vgl. Salzburger Chronik. 25. 6. 1913. S. 3. Zum Verkehrsbund in Salzburg vgl. auch: Rupert Klieber: Zur Vor- und Frühgeschichte der Christlichsozialen Partei Salzburgs: Die Katholischen Arbeiterorganisationen von den Anfängen bis 1919 im Spiegel ihrer Presse.- Diplomarbeit an der Universität Salzburg. 1984. S. 74 f.
- ⁴¹ Franz Gollackner (1879 – 1956), Steinmetzmeister. Er übernahm am 1. Dezember 1907 die Funktion des Parteisekretärs der Christlichsozialen Partei der Städte und Märkte des Kronlands Salzburg. 1911 Redakteur der Salzburger Chronik. 1919 – 1921 Gemeinderat der Stadt Salzburg.
- ⁴² Heinrich Weinstabl (1883 - 1944), Kooperator in Bischofshofen, später Professor an der LBA, Dozent für Katechetik. Vgl. <http://www.res.icarus.eu/index.php?title=>

Weinstabl,_Heinrich_(1883-1944) (abgerufen am 21. 4. 2013)

- ⁴³ Ludwig Höllerer, gest. 1951. 1881 bis 1943 Bassist der Bürgermusik Saalfelden. Vgl. Chronik Saalfelden. Herausgegeben von der Marktgemeinde Saalfelden. Band I.-Saalfelden 1992. S. 332 und <http://buergermusik-saalfelden.at/ehrenmitglieder.html> (abgerufen am 25. 4. 2013).
- ⁴⁴ Vgl. Rupert Klieber: Politischer Katholizismus in der Provinz. S. 254 f. Ebenso Reichspost. 10. 8. 1919. S. 6. Vgl. auch Österreichisches Biographisches Lexikon 1815 – 1950. Band 10.- Wien 1993. S. 1993 f.
- ⁴⁵ Vgl. Klaus Berchtold: Österreichische Parteiprogramme. S. 174 - 178.
- ⁴⁶ Vgl. Franz Schausberger: Eine Stadt lernt Demokratie. Bürgermeister Josef Preis und die Salzburger Kommunalpolitik 1919- 1927.- Salzburg 1988. S. 35 f.
- ⁴⁷ Vgl. Salzburger Chronik. 21.5. 1913. S. 1 f.

Flucht aus Siebenbürgen, Integration in Salzburg Die Flucht aus der Gemeinde Botsch in Siebenbürgen 1944

Von Karl W. Edtstadler¹

Um die Ereignisse im Spätsommer 1944 in Siebenbürgen in einen zeitlichen Kontext zu bringen, zitiere ich hiermit den Historiker und ausgezeichneten Südosteuropa-Experten Arnold Suppan: „... Zwischen 1938 und 1948 kulminierte auch die deutsch-österreichische-slawische Konfliktgeschichte in Ostmitteleuropa, ... die in den Opfern, die die Sudeten- und Karpatendeutschen ebenso wie die Donauschwaben, Untersteirer und Gottscheer erbrachten, zum Ausdruck kam.² ... Das Leid, das die NS – Herrschaft in diesen Jahren Menschen unterschiedlichen nationalen oder konfessionellen Bekenntnisses antat, setzte eine verhängnisvolle Logik der Vergeltung in Bewegung, die nach der einen Gewalttat den Opfern die vermeintliche Legitimation zur Begehung einer neuen im Zeichen der Rache bot ... Am Ende stand die totale Trennung zwischen Deutschen und Österreichern einerseits und den Tschechen, Slowaken, Slowenen, Kroaten und Serben andererseits. Niemals zuvor in einer über 1000jährigen Beziehungsgeschichte zwischen den Bevölkerungen an Elbe, Moldau, Oder, March, Donau, Theiß, Save und Drau hat es einen vergleichbaren Tiefpunkt gegeben.“³

Zum anderen halte ich fest, dass ich mit einer gewissen Betroffenheit vor Ihnen stehe, da auch meine am 27. August 2014 im 93. Lebensjahr verstorbene Mutter im April 1945 ihre Heimat im geliebten Erzgebirge im Sudetenland verloren hatte. Die Geschichten meiner Mutter und meiner Großmutter mütterlicherseits waren in meiner Kindheit und Jugend geprägt von teilweise schmerzvollen, aber auch heiteren und verklärenden Erinnerungen.

Das Jahr 2014 ist voll der Erinnerungen an bedeutende und einschneidende historische Ereignisse. Der Herausgeber der Zeitschrift „Die Furche“ Wilfried Stadler - der Bruder unserer Festspielpräsidentin - schreibt in seinem Leitartikel vom 3. Juli 2014 unter dem Titel

„Das lange 20. Jahrhundert“. „...So viel Geschichte war noch nie. Permanent verwöhnen uns die Medien mit Analysen und Berichten über historische Wendepunkte. Unzählige Publikationen, beleuchten das Geschehen um den Ausbruch des Ersten Weltkrieges vor hundert Jahren, erinnern an den Beginn des Zweiten Weltkrieges vor 75 und die amerikanische Invasion in der Normandie vor 70 Jahren. Und schließlich, nicht zu vergessen, reiht sich auch der Fall der Berliner Mauer vor einem Vierteljahrhundert in die Kette der Ereignisse, die das Weltgeschick entscheidend mitbestimmt haben.“⁴



Abb. 4: Das Dorf Botsch in Siebenbürgen wurde im September 1944 evakuiert.

Evakuierung aus Siebenbürgen

In diesen Zeitrahmen fällt auch jenes Ereignis, dessen wir heute gedenken. Es ist der Verlust der alten Heimatgemeinde Botsch in (Nord-)Siebenbürgen – nahe Sächsisch Reen. „Am 12. September 1944 verlässt die Dorfgemeinschaft der Botscher auf Wehrmachtsbefehl im Treck die Heimat.“⁵ Hinter diesem knappen Eintrag in der Chronologie der Gemeinde Botsch, die auf eine dokumentierte Geschichte seit 1228 verweisen kann⁶, verbirgt sich eine dramatische und menschlich nur schwer fassbare Tragödie.

Am 23. August 1944 kapitulierte Rumänien plötzlich und unerwartet. Es trat aus dem Bündnis mit Deutschland aus und erklärte am 25. August 1944 Deutschland den Krieg. Die Rote Armee drang rund 600 km in westlicher Richtung in das Landesinnere vor. Im mittleren Siebenbürgen kam die Front nach harten Kämpfen mit deutsch-ungarischen Kräften zum Stehen.⁷ Auf Grund des Herannahens der Front und der Roten Armee wurde durch die damalige politische Gebietsführung von Nordsiebenbürgen, das seit dem Wiener Schiedspruch 1940 Ungarn für vier Jahre unterstellt war, ein Aufruf an alle deutschen Bauern erlassen, ihre „Wagen mit guten Rädern zu versehen, die Achsen zu überprüfen, die Pferde (Zugvieh) neu beschlagen zu lassen und die Wagen mit einem Kober (einer Plane) auszustatten“. Angesichts der dramatischen militärischen Lage sah man sich vor die klare Alternative gestellt, entweder zu bleiben oder die Heimat zu verlassen. Da viele Siebenbürger Sachsen in der Waffen-SS dienten, und man entsprechende Repressalien fürchtete, entschloss man sich, die Heimat zu verlassen.⁸

Im Zuge der systematischen Evakuierung aus Nordsiebenbürgen wurden nach anderen Gemeinden am 12. September 1944 die Gemeinden Deutsch-Zepling, Botsch und Weilau in Bewegung gesetzt, tags darauf Tekendorf, Groß-Eidau und Ludwigsdorf.⁹ Damit war der ganze Reener Kreis in Richtung Westen unterwegs. Es blieben nur alte und gebrechliche Deutsche zurück, die den zu erwartenden großen körperlichen Anstrengungen nicht gewachsen gewesen wären. Weder wurde die zugesagte Begleitung durch die deutsche Wehrmacht eingehalten, noch sind andere zugesagte Transportmittel wie etwa LKW der Wehrmacht oder Waggon für einen in Aussicht gestellten Bahntransport eingetroffen¹⁰.

Einem Dokument aus der Zeit (Bericht des SS-Obergruppenführers Lorenz vom 11. Oktober)¹¹ kann folgende Feststellung entnommen werden:

„1. Aus Siebenbürgen konnten 55.000 Deutsche in Sicherheit gebracht werden....

2. Aus dem rumänischen Banat, wo ca. 300.000 Deutsche wohnten,

konnten schätzungsweise 30.000 evakuiert werden. Ihre Trecks waren unterwegs in Richtung Schwäbische Türkei und Westungarn ...

3. Von den ca. 40.000 Nordsiebenbürger Sachsen waren 12.000 mit der Bahn in den Raum Stuhlweissenburg (Westungarn) abtransportiert...“

In der Folge dieses zitierten Berichts werden die verstreuten volksdeutschen Minderheiten genau aufgezählt und ihre Anzahl festgehalten. Dabei ging es um die Karpatendeutschen genauso wie um die Batschka-Deutschen oder um die Deutschen im Serbischen Banat oder im Zipser Land.¹²

Aufnahmegebiet Salzburg

Letzten Endes hatte das Nazi-Regime angeordnet, 215.000 Deutsche aus dem Südostraum im Reich aufzunehmen. Als Aufnahmegebiet für die Siebenbürger Sachsen wurde Salzburg durch das damalige deutsche Innenministerium bestimmt. Die Zahl wurde unrealistisch mit 5000 festgelegt. Die Evakuierten sollten in Lagern, Schulen, Turnhallen und bei Privatpersonen untergebracht werden. Ein solcher Plan war aber nicht von dauerhafter Gültigkeit, da sich die Kriegsereignisse zum Nachteil der Deutschen Wehrmacht auch dort rasch änderten.



Abb. 5: Der Treck der Botscher mit etwa 500 Fuhrwerken und Vieh

Was blieb, ist die Tatsache, dass als Unterbringungsgebiet für alle Deutschen aus Rumänien die Bereiche von Nieder- und Oberösterreich sowie Teile des heutigen Tschechien - damals Protektorat Böhmen und Mähren - vorgesehen waren.

Allein der Treck der Botscher von etwa 500 Fuhrwerken hatte eine Länge von ca. sechs bis sieben Kilometern.¹³ Wie Dokumente der Zeit belegen, war den Flüchtenden wenigstens das Wetter relativ hold. Man gewöhnte sich an das Leben im Treck, nachziehende Kühe wurden geschlachtet, oder man kaufte Rinder und Schweine und verteilte Fleischrationen auf die Familien. Wie Rotraud Sutter in ihrem Buch: „Die Siebenbürger Sachsen in Stadt und Land Salzburg“ feststellte, hatten die Siebenbürger Sachsen für ihre Reise mit dem Treck an Lebensmitteln gut vorgesorgt. „Neben warmen Kleidungsstücken für den herannahenden Winter nahmen die sächsischen Bauernfamilien einen relativ großen Vorrat an Nahrungsmitteln mit.“¹⁴ ...In großen, bis zu 30 und 40 Liter fassenden Emailtöpfen, die in jedem Haushalt vorhanden waren, wurde Schweinefleisch in Fett eingemacht, Hühner und Enten, vereinzelt auch Hasen, wurden entweder lebendig oder gebraten mitgenommen, daneben viel Brot, und - vor allem, wenn nicht mehr genügend Zeit zum Backen war - Säcke voll Mehl. Ein Detail: „Vielfach wurde auch selbstgebrannter Schnaps zum Weiterverkaufen mit eingepackt... Wer etliche Büffelkühe hinter seinem Wagen mitführte, hatte unterwegs immer die fette Büffelmilch“.¹⁵ Wo die Straßen nicht durch Bäume einen Schutz vor Fliegerangriffen boten, zog man in der Nacht.¹⁶

Es lässt sich die einfache Feststellung in Dokumenten finden: „Obwohl die Botscher einen geschickten Treckführer, nämlich Rektor-Lehrer Richard Engler und zwölf tüchtige Kolonnenführer - sozusagen als Chefs der Untereinheiten des Trecks - hatten, verlief nicht alles reibungslos. ...“¹⁷

Der lange Weg führte durch Ungarn - ich erspare Ihnen die für uns fast unaussprechlichen Ortsnamen - bis Ödenburg–Sopron, wo der Treck die damalige deutsch-ungarische Grenze überschritt, bis dann

am 8. und 9. November St. Pölten erreicht wurde.¹⁸ Über zwölfhundert Botscher mussten dort in ihren Gespannen auf dem Sportplatz mehrere Tage stehen, bis sie dann auf Bauernhöfe in zahlreichen umliegenden Gemeinden eingewiesen wurden.¹⁹ Die Aufzählung alleine dieser Orte umfasst eine halbe Druckseite und reicht von Michelbach über Tullnerbach bis Siebenhirten. Wegen des Heranrückens der Roten Armee begann dann anfangs April für viele Familien die sogenannte „zweite Flucht“.²⁰



Abb. 6: Essensausgabe auf dem Treck

Die Flucht geht weiter

Nach der Einnahme der Stadt Wien durch die Rote Armee am 13. April 1945 entstand das Bewusstsein, weiter fliehen zu müssen. Überstürzt und das wenige Hab und Gut zurücklassend - es wurde in der Hoffnung auf baldige Rückkehr zum Teil vergraben oder in Scheunen versteckt - gingen kleine Gruppen auf den Weg in den Westen. Entlang der Bundesstrasse 1, meist auf Feldwegen, strebte man Tirol an. Unterwegs trafen wieder Botscher zusammen, die sich ihrem Ortsprediger Johann Hartig anschlossen. Bei Bad Reichenhall wurde dieser Treck vom Militär gestoppt und nach Salzburg, Richtung Anthering gelenkt.²¹ Am 7. Mai wurde der Gemeinde Anthering der Befehl erteilt, die Botscher aufzunehmen und unterzubringen. Dass die

angeordnete Aufnahme von staatenlosen Ausländern mit einem fremden Dialekt und mit evangelischem Glauben - entgegen der Mehrheit der damaligen Bevölkerung - keine Begeisterung auslöste, war angesichts der Kriegsfolgen und der allgemeinen Not verständlich. Die Einrichtung des sogenannten Waldfriedhofes war notwendig, weil die verstorbenen Siebenbürger Sachsen wegen ihrer evangelischen Religion keine Aufnahme auf dem Friedhof rund um die röm.kath. Kirche finden durften.

Zwischenstation Anthering

Mit Unterstützung der evangelischen Kirche wurden Krisen und die Forderungen „Ausländer nach Hause!“ oder „Hinaus aus Österreich!“ überwunden. Die Gruppe konnte bleiben, im Saal des Voglwirts wurde am Sonntag der evangelische Gottesdienst abgehalten. Es erfolgte die Gründung der „Botscher Blaskapelle“. Auch wurde trotz der Raumnot in zwei Klassenzimmern ein Unterricht für die Siebenbürger Kinder eingerichtet. Die Lehrerin damals war Grete Fuhrmann und der Lehrer Gustav Hartig. Dieser Zustand, das „Lebensprovisorium“ - so möchte ich das nennen - blieb 14 Jahre. Die trotz mancher Verbesserungen trostlose Lebenslage und die geringen Zukunftsaussichten führten dazu, dass viele Botscher nach Kanada (Windsor) und in die USA (Michigan und Carry Back) auswanderten – zu dort lebenden Verwandten. Nordrhein-Westfalen bot sich an, ehemalige Bauern als Bergarbeiter in das Ruhrgebiet aufzunehmen. So entstanden dort die Siedlungen Herten, Oberhausen und Etterich. Mit den Siedlern und deren Nachkommen auf der Drabenderhöhe in Wiehl (Ebenfalls NRW) gibt es bis heute lebendige Kontakte.

Eine größere Gruppe - so die Chronik - ließ sich in Mainbernheim und Kitzingen im Landkreis Kitzingen nieder.²²

Zusammengefasst muss gesagt werden, dass die Zeit von 1945 bis 1954 für die Botscher eine besonders schwere Zeit war.²³ Zeitzeugen, mit denen ich sprach, empfanden dies auch so. Die Dorfgemeinschaft von Botsch war in alle Winde zerstreut, Familienzusammenführungen und die Kriegsheimkehrer konnten dieses Los nur teilweise mildern.²⁴

Es gab selbstverständlich auch den Wunsch, wieder in die alte Heimat zurückzukehren. Einige Familien wagten diesen Schritt trotz mancher Warnung. Die Rückkehrer wurden – nicht zuletzt wegen des Hasses auf alle Deutschen – zuerst einmal eingesperrt. In der Zwischenzeit waren die Häuser von Botsch mit Rumänen, Ungarn sowie Sinti und Roma „kolonialisiert“ worden. Das Schicksal und die Verfolgung der „Heimkehrer“ können Sie sich vorstellen. Ich will an dieser Stelle - aus zeitlichen Gründen - darauf nicht eingehen. Es gibt darüber genügend dramatische Berichte.²⁵

Die in Österreich gebliebenen Botscher versuchten, aus ihren bisherigen Elendsquartieren herauszukommen²⁶. Und so begann die Geschichte von Sachsenheim in Elixhausen. Auf 43.000 Quadratmetern Grund wurde ab 1956 der Bau von 59 Häusern begonnen.



Abb. 7: Arbeiten an der Infrastruktur der neuen Heimat

Sachsenheim – die neue Heimat

Mit der Gründung der „Neusiedler Baugenossenschaft“ und dem Kauf sowie durch Tausch entstand eine Grundfläche von 43.000 qm, damit

war die Grundlage für die neue Siedlung gelegt. Der in der Zwischenzeit in Salzburg tätig gewordene Hermannstädter Architekt Kurt Glondys entwarf einen Dorfplan, nach dem Straßen, ein Dorfplatz und 59 Bauparzellen vermessen wurden. Zwei Parzellen blieben vorsorglich für einen späteren Bau einer Kirche und eines Gemeinschaftshauses unbebaut.



Abb. 8: Mit dem Bau der Honteruskirche wurde 1959 begonnen.

Die Grundsteinlegung der Siedlung erfolgte am 27. Mai 1956 in Anwesenheit zahlreicher Prominenter, darunter Landeshauptmann Josef Klaus, Pfarrer Emil Sturm, der spätere Superintendent der evangelischen Kirche in Salzburg, Behördenvertreter, Vertreter der UNO und der aus Innsbruck zurückgeholte frühere Treckführer Richard Engler. Die Finanzierung der 55 tatsächlich errichteten Siedlungshäuser erfolgte durch eigene Arbeitsleistungen der Siedler im Wert von damals 1,480.000,- Schilling, durch die von der öffentlichen Hand geleisteten Aufschließungsarbeiten und durch österreichische und internationale Darlehen, welche z.T. mit 1% verzinst waren oder sogar zinslos gegeben wurden. Es gab nach der ursprünglichen Planung nur zwei Häusertypen.



Abb. 9: Die neue Siedlung Sachsenheim mit der 1961 fertiggestellten Honteruskirche, im Hintergrund Elixhausen



Abb. 10: Die Einweihung des Kulturhauses „Zur Nachbarschaft“ 1972: v.r.n.l. Landeshauptmann Hans Lechner mit Gattin Friederike, der Obmann des Verbands der Siebenbürger Sachsen in Österreich Roland Böbel, der evangelische Superintendent Emil Sturm, Pfarrer Wilhelm Ziegler aus Karlsruhe, der legendäre Treckführer Rektor Richard Engler, Seniorpfarrer Heinrich Meder von der Siedlungsgenossenschaft „Neusiedler“ und der katholische Pfarrer Johann Krzewitza

1959 bis 1961 wurde die Honteruskirche errichtet. Hierzu wurden 10.000 freiwillige und unbezahlte Arbeitsstunden geleistet. Dann erfolgte 1962 bis 1972 der Bau des Kulturhauses „Zur Nachbarschaft“. An der Einweihung dieses Hauses nahm am 14. Mai 1972 auch der damalige Landeshauptmann Hans Lechner teil. Schlussendlich erfolgte in der Zeit von 1984 bis 1986 der Bau des Pfarrhauses, heute auch Sitz der evangelischen Pfarre Flachgau-Nord mit einer Reihe von Predigtstühlen.²⁷

Um die Darstellung abzurunden, verweise ich auf die kulturellen Einrichtungen wie die Blasmusik der Siebenbürger Sachsen, den Verein selbst, die Frauenschaft, die Singgemeinschaft, die evangelische Pfarre. Auch spezielle Beiträge zum Brauchtumsjahr gibt es wie etwa das Maiblasen oder das Blasifest (24. Juni - zum Schulschluss zu Ehren der Schulkinder). Nicht zuletzt: Die prächtigen Trachten der Siebenbürger Frauen und Männer sind heute selbstverständlicher Bestandteil in unserer vielfältigen „Welt der Trachten“.

Integration in Salzburg

In der österreichisch-ungarischen Monarchie haben bis zum Jahre 1918 mehr als ein Dutzend Völker und Volksgruppen, Nationen und Nationalitäten zusammengelebt oder leben müssen. Die Volkszählung des Jahres 1910 weist 10 Millionen Ungarn, 8,4 Mio Tschechen und Slowaken, fast 5 Mio Polen, 3,9 Mio Ruthenen (Ukrainer), 1,2 Mio Slowenen, etwa 5,6 Mio Kroaten und Serben, 3,2 Mio Rumänen und etwa 770.000 Italiener und Ladinern auf.

Die stärkste Bevölkerungsgruppe waren mit 12 Mio die Deutschen. Sie fühlten sich als das „Staatsvolk“ und waren in der Mehrzahl in den Donau- und Alpenländern (in „Cisleithanien“ oder der österreichischen „Reichshälfte“) angesiedelt. Einige Millionen Deutsche waren aber auch auf die Königreiche Böhmen und Ungarn, auf Galizien und die Bukowina verteilt. Es sind dies, um nur einige zu nennen die Sudetendeutschen, die Schlesier, die Karpatendeutschen, die Siebenbürger Sachsen, die Donauschwaben, Untersteirer, Krainer und Gottscheer,

Volksdeutsche im ehemaligen Königreich Kroatien, in Slawonien und Syrmien sowie Volksdeutsche in Galizien und in der Bukowina. Ein großer Teil dieser Menschen ist durch den zweiten Weltkrieg und durch das Schicksalsjahr 1945 geprägt worden: Flucht, Massenmord und Zwangsverpflichtung.²⁸

Zehntausende haben schließlich nach 1945 im Land Salzburg eine neue Heimat gefunden. Noch Ende der Vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts betrug der Anteil der Heimatvertriebenen 5,4% der Gesamtbevölkerung. Im Mai 1945 - um ein Gesamtbild nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges darzustellen - lebten in der Landeshauptstadt Salzburg 66.000 Flüchtlinge in Lagern und anderen Behelfsunterkünften. 11.000 waren sogenannte „displaced persons“, also Personen, die Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter oder rassisch und politisch Verfolgte waren.

Ohne eine Rivalität unter ehemaligen deutschen Volksgruppen auslösen zu wollen, ist es offenkundig den Siebenbürger Sachsen gelungen, ihre Identität trotz der - wie dargestellt - gelungenen Integration zu bewahren. Dies kommt in den Trachten und in anderen kulturellen Facetten besonders zum Ausdruck. Hintergrund dürfte die gut vorbereitete Evakuierung aus der „alten Heimat“ sein, wodurch Hausrat, Kleidung, Lebensmittel etc. mitgenommen werden konnten.²⁹

Robert Hoffman schreibt im Buch „Josef Klaus und der Wiederaufbau Salzburgs“, dass dieses Bundesland vor dem Hintergrund einer allgemeinen Verschiebung des industriellen Schwergewichts vom Osten in den Westen Österreichs mehr profitiert habe als Oberösterreich, Tirol und Vorarlberg. Auch konnte der Kriegs- und Emigrationsverlust der Bevölkerung während der Dreißiger- und Vierzigerjahre ausgeglichen und ein positives Resultat der Bevölkerungsbilanz erzielt werden. Salzburg und Oberösterreich konnten einen großen Teil der aus dem Ausland kommenden Zuwanderer an sich ziehen.³⁰

Landesarchivdirektor Oskar Dohle hält in seinem Essay in einer Landtagspublikation fest: „Zudem wurde das Land (Salzburg) geradezu

überschwemmt von einer Masse gestrandeter Menschen. Im Mai 1945 lebten in der Landeshauptstadt rund 66.000 Flüchtlinge in Lagern und anderen Behelfsunterkünften. Da Landesverwaltung und Landesregierung, aber auch die amerikanische Besatzungsmacht mit der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge und der Bewältigung der unmittelbaren Kriegsfolgen weitgehend überfordert waren, hatte man die Auswanderung der Flüchtlinge sehr unterstützt und schuf hierfür das Landesamt für Umsiedlung.³¹ Friederike Zaisberger fasst die Situation so zusammen: „Von den heimatvertriebenen Siebenbürger Sachsen, aus Batschka, Banat und Sudetenland, blieben ... auch viele in Salzburg und schafften großteils einen Neubeginn sogar in eigenen Siedlungen wie z.B. in Sachsenheim (Gemeinde Elixhausen).“³²

Landeshauptmann Josef Rehr war es in seiner kurzen Regierungszeit (1947 – 1949) nach dem Krieg ein Anliegen, die aus Osteuropa geflüchteten „Volksdeutschen“ zu integrieren³³. Ihm gelang es auch, durch den „konsequenten und zielgerichteten Einsatz der Finanzmittel aus dem ERP³⁴ wertvolle Impulse für den Wirtschaftsaufschwung zu setzen.“³⁵

Die Genfer Flüchtlingskonvention wurde wesentlich auch von den in Österreich gemachten Erfahrungen mit Flüchtlingen geprägt.³⁶

Der Wiederaufbau unseres Landes und das sogenannte Wirtschaftswunder mit dem besonderen Aufschwung für Salzburg lässt sich auch nur mit dem großen Investitionsbedarf für die Verkehrsinfrastruktur, die Industrie und für den Wohnbau, dem Vorhandensein fleißiger Arbeitnehmer, die durch die Volksdeutschen wesentlich verstärkt wurden, und den finanziellen Mitteln etwa aus dem sogenannten „Marshallplan“ erklären.

Auch wenn die alte Heimat verloren gegangen ist, lebt sie im historischen Gedächtnis bei Ihnen und uns weiter. Prächtige Bild-Dokumente³⁷ darüber beweisen das. Was aber lebendig geblieben ist, ist die Fähigkeit der Siebenbürger zur Selbstbestimmung, Selbstverwaltung und gesellschaftlichen Autonomie. Durch die Rolle als Minderheit in

der alten Heimat wurden der Selbstbehauptungswille sowie der Erhalt der kulturellen, religiösen und ethnischen Identität über Jahrhunderte geschärft. Das gesamte gesellschaftliche, rechtliche und kirchliche Leben in der alten Heimat war darauf ausgerichtet, was auch die Ortsmonographie von Ilse Schließleder-Fronius³⁸, die Gemeindechronik über Botsch von Johann Böhm³⁹ oder die Dokumentation „Botsch. Die Erinnerung bleibt.“⁴⁰ beweisen. Hier gilt das Motto des Heimattages der Siebenbürger Sachsen von 1994: „Heimat verloren – Heimat gefunden?“⁴¹ Das ist am Beispiel Sachsenheim in Elixhausen aber nicht mit einem Fragezeichen, sondern mit einem ausdrücklichen Rufzeichen zu versehen.⁴²

Die seinerzeitige „Insellage“ des Ortsteils Sachsenheim hat sich durch die seither einhergegangene und bewusst gestaltete Gemeindeentwicklung von Elixhausen – fast wie von selbst – aufgelöst. Direkt schließt jetzt nördlich und östlich die Siedlung am „Sonnenhang“ an, am nördlichen Rand ist zusätzlich 2014 die Feuerwehrezentrale fertiggestellt und bezogen worden, und der in der Nähe befindliche Sportplatz ist sicher ein weiteres Element der gesamten gesellschaftlichen Integration. Abgesehen davon, dass jetzt das ehemalige Vereinshaus „Zur Nachbarschaft“ ein allgemein angenommenes Veranstaltungszentrum in Elixhausen ist.

Kein Ende der Geschichte!

Ich komme zurück zum eingangs zitierten Leitartikel und dem Motto „So viel Geschichte war noch nie“. „Noch vor wenigen Monaten konnten wir allerdings nicht ahnen, dass gerade in diesem Gedenkjahr so viele neue Krisenherde entstehen würden, die ausnahmslos enge Bezüge zur damaligen Zeit aufweisen, das gilt für die Ukraine/Russland-Krise wie auch für die Ereignisse im Nahen Osten und im arabischen Raum. Mit einem Mal wird der Zusammenhang mit den Ereignissen rund um den Zerfall des Osmanischen Reiches und den Unruhen im Süden der Habsburger Monarchie deutlich“.⁴³ So können wir uns nicht gelassen zurücklehnen und meinen, die Entwicklung sei abgeschlossen, das „Ende der Geschichte“ sei gekommen!

Anmerkungen:

- ¹ Überarbeiteter Vortrag bei der Gedenkfeier des Vereins Nachbarschaft Sachsenheim an den „Botscher Flüchtlingstreck 1944“ am 14. 9. 2014
- ² Arnold Suppan: Hitler – Benesch – Tito. Konflikt, Krieg und Völkermord in Südosteuropa.- Wien 2014. S 2ff.
- ³ Ebda.
- ⁴ Wilfried Stadler in „Die Furche“, Österreichische Wochenzeitung, 70.Jg., Nr. 27 vom 3. Juli 2014, S 2.
- ⁵ Stefan Fleischer u.a. (Hg): „Botsch. Die Erinnerung bleibt“. Nachbarschaft Elixhausen.- Elixhausen 1999, S. 131
- ⁶ Die erste urkundliche Erwähnung der Gemeinde Botsch findet sich im Zusammenhang mit der Verleihung der ausgedehnten Besitzung „terra Szeplak“ an Dionysius Tomay. Es ist dieselbe Urkunde, in der auch Reen („Regun“) und eine beträchtliche Anzahl von Ortschaften der Umgebung erwähnt sind. Ebda. S. 130
- ⁷ Dazu ausführlich Rotraud Sutter: Die Siebenbürger Sachsen in Stadt und Land Salzburg.- Marburg 1972, S. 36 - 39
- ⁸ Dazu im Detail Volker Petri: Österreich. Deine Siebenbürger Sachsen.- Dresden 2001, S 81 ff.
- ⁹ Johann Böhm (Hg.): Botsch. Ein Gang durch die Geschichte einer Nordsiebenbürgischen Gemeinde.- Sersheim 1988, S. 80
- ¹⁰ Zahlreiche Einzelheiten und Stimmungen sowie Schicksale in Nordsiebenbürgen und die Wege der Trecks der Siebenbürger Sachsen 1944/45 in Oliver Köck, Norbert Walleit: Vergessene Fahrten. Der große Treck der Siebenbürger Sachsen.- Gummersbach 1993
- ¹¹ Böhm, Ein Gang durch die Geschichte... S. 281
- ¹² Ebda S. 281 f .
- ¹³ Ebda. S. 284.
- ¹⁴ Sutter, Die Siebenbürger Sachsen... S. 43
- ¹⁵ Ebda.
- ¹⁶ Dazu auch ebda, S 41 f; Böhm, Ein Gang durch die Geschichte... S. 284
- ¹⁷ Ebda. S. 284
- ¹⁸ Ebda. S. 285
- ¹⁹ Der rund 1500 km lange Fluchtweg des Botscher Trecks von 12. September bis 8. November 1944 wird als Skizze mit den geographischen Punkten festgehalten in Böhm, Ein Gang durch die Geschichte. S. 287. Die Karte war auch schematisch abgebildet im Stiegenhaus des Vereinshauses „Zur Nachbarschaft.“. Den Flucht-

weg zeichnete eine rote Wollschnur durch Rumänien, Ungarn und Österreich nach. Einer der tiefen ersten Eindrücke, die ich von den Siebenbürger Sachsen bekam, als meine Frau und ich 1976 nach Elixhausen „zuzogen“.

- 20 Dazu ausführlich Böhm, Ein Gang durch die Geschichte.... S. 288 ff sowie Fleischer u.a., Botsch... S 72 ff.
- 21 Dazu ausführlich Michael Hartig: Die zweite Flucht und Ankunft in Anthering. In: Arbeitsgemeinschaft der Botscher in Österreich und Deutschland (Hg.): Nachbarschaft Sachsenheim.- Elixhausen 1999, S 80
- 22 Dazu ausführlich in Fleischer u.a., Botsch...: „Mit innewohnendem Pioniergeist zu neuem Anfang“, S 146 bis 160
- 23 Auf die Vorurteile, die den geflüchteten Siebenbürger Sachsen entgegenschlugen, wie etwa „Zigeuner mit ihren schwarzen Kitteln“, will ich an dieser Stelle nicht näher eingehen, um vielleicht bereits verheilte Wunden nicht auf-zureißen. Ein berührendes Dokument darüber ist die „Jahresarbeit der Realschülerin Maria Fleischer 1959/60 von der Realschule für Mädchen in Gelsenkirchen – Buer (D)“. Darin wird das Leid der Flüchtlinge im Alltag samt den ihnen begegneten Vorurteilen sichtbar. (Handgeschriebenes Original im Besitz von Ing Stefan Fleischer, Elixhausen – Sachsenheim.)
- 24 Zur Problematik der Flüchtlingsexistenz und Integration vgl. Petri, Österreich. Deine Siebenbürger Sachsen... S. 115 - 245
- 25 Dazu ausführlich Stefan Ziekol: Rückkehr nach Botsch, in Fleischer u.a., Botsch... S. 99 ff.
- 26 Die Entwicklung der Flucht und die Siedlungsgeschichte in Österreich werden sehr ausführlich dargestellt in Petri, Österreich, Deine Siebenbürger Sachsen..., insbesondere Siebenbürger Siedlungen und Kirchenbauten in Österreich, S. 246 ff.
- 27 Die gesamte Siedlungs- und Baugeschichte ist detailliert dokumentiert in Richard Engler, Walter Engler und Dieter Engler: Chronik von Sachsenheim.-1994.
- 28 Reinhard R. Heinisch: Die Deutschen Volksgruppen und Minderheiten in der Habsburger Monarchie“ in Salzburg, Geschichte & Politik, Mitteilungen der Dr. Hans-Lechner-Forschungsgesellschaft.- Salzburg 1999, S. 3 f.
- 29 Rotraud Sutter weist darauf hin, dass die Evakuierung von deutschen Befehlsstellen veranlasst wurde und die Rumänen die Deutschen nicht vertrieben hatten. In Sutter, Die Siebenbürger Sachsen ... S. 37
- 30 Robert Hoffmann: Soziale Entwicklung. In Wolfgang Huber (Hg.): Landeshauptmann Klaus und der Wiederaufbau Salzburgs.- Salzburg. 1980, S 89.
- 31 Oskar Dohle: Salzburg seit 1945 – Versuch einer Periodisierung. In Karin

Gföllner und Karl Edtstadler (Hg.): Weichenstellungen im Land Salzburg. Enquete des Landtages vom 9. Oktober 2012.- Salzburg 2013, S. 3

³² Friederike Zaisberger: Geschichte Salzburgs.- Wien 1998. S. 283

³³ Dazu Dohle, Salzburg seit 1945... S. 9 f.

³⁴ ERP – European Recovery Programm – gespeist mit Mittel des sogenannten Marshallplanes

³⁵ Dohle, Salzburg seit 1945... S. 9 f.

³⁶ Michael Geistlinger: Europa am Ende des Zweiten Weltkrieges und zu Beginn der 50er Jahre. Eine Analyse – Voraussetzungen für die Integration von Flüchtlingen in Westeuropa und Minderheitenschutz. Vortrag vom 26.10.1989 anlässlich des Festaktes zu Ehren der Verbände der Volksdeutschen in Salzburg. In Salzburg, Geschichte und Politik, Mitteilungen der Hans Lechner – Forschungsgesellschaft.- Salzburg 1999 S. 21 ff.

³⁷ Stellvertretend ist zu nennen: Michael Welder: Siebenbürgen – Entdeckungsreise in Bildern.- Leer 1992

³⁸ Ilse Schießleder-Fronius: Tekendorf in Nordsiebenbürgen. Ortsmonographie.- Eltville am Rhein (D) 1989.

³⁹ Böhm, Ein Gang durch die Geschichte...

⁴⁰ Fleischer u.a. Botsch. Die Erinnerung bleibt...

⁴¹ Der damalige Bürgermeister von Elixhausen Bruno Wuppinger befasste sich anlässlich des 50. Jahrestages der Flucht und Vertreibung am 12. September 1994 in Botsch mit dieser Thematik und analysierte die Bedeutung der Botscher für Elixhausen:

„-Wir schätzen unsere Botscher, weil sie so viel aus der alten Heimat in die neue Heimat mitgenommen haben.

- ..., weil sie die Liebe und Verbundenheit mit der alten Heimat bewahrt haben ...

- ... ,weil als Fundament die Familie und der Glaube geblieben sind.

-... ,weil ihre gelebte Solidarität vorbildlich ist : ...

-..., weil ein gutes Verhältnis von Eigenständigkeit und Anpassung vorhanden ist...

-..., weil sie das Brauchtum und die Volkskultur pflegen ...

-..., weil sie in ihren Reihen große Persönlichkeiten haben ...“

Zit. aus: 50 Jahre Errichtung der Koordinationsstelle für Volksdeutsche 1948-1998. In: Salzburg, Geschichte und Politik, Mitteilungen... S. 68 f.

⁴² Franz Schausberger äußerte sich zum Heimatrecht ausführlich am 26. Oktober 1989 unter dem Titel „Heimatrecht ist Menschenrecht“, wonach

„Heimat drei Bedürfnissen des Menschen entspricht:

- dem nach Sicherheit

- dem nach Identität in Form eines Wissens um die eigene Geschichte, und der erst daraus resultierenden Identifikation mit dieser und

- dem nach aktiver Mitgestaltung des unmittelbaren Lebensraumes.“

Zitiert aus Salzburg, Geschichte und Politik, Mitteilungen.... S. 17

⁴³ Stadler, Die Furche... S 2.

Heftiges Tauziehen und dramatisches Bemühen Der Anteil des Landes Salzburg an der Wiederbegründung der Universität 1962

Von Herbert Dachs¹

Im Jahr 1682 hatte die Salzburger Universität anlässlich der Elfhundertjahrfeier des Erzstiftes Salzburg einen mit Figuren, Bildern und Inschriften geschmückten Triumphbogen errichtet. Hans Lechner erinnert in seinem Vorwort zur bekannten Publikation „Gedanke und Gestalt“ daran.² Darauf sei eine Hand abgebildet gewesen, die eine hölzerne Kugel unter die Wellen des Meeres zu drücken sucht und darüber sei geschrieben gewesen: „Quamvis immersa resurgit“ (= Obwohl hinunter gedrückt, steigt sie wieder empor!) Hans Lechner nahm nun dieses Bild als Symbol für den Universitätsgedanken in Salzburg, der sich nach vielen vergeblichen Versuchen, quasi aufzutauchen, dann 1962 endlich erfolgreich durchgesetzt hätte. Dabei geht er freilich nicht näher darauf ein, welcher Art die Kräfte waren, die immer wieder quasi empor drängten und welche verhinderten.



Abb. 11: Die Alte Universität mit der Großen Universitätsaula

Dies zu beschreiben ist aber nicht unser Thema, wir wollen versuchen, die entscheidende Schlussphase vor der offiziellen Wiederbegründung zu skizzieren. So viel aber ist festzuhalten, und das ist auch im Salzburg Ende der 1950er Jahre noch deutlich zu spüren: Es gab nach wie vor einen sozialdemokratisch und/oder nationalliberal grundierten Antiklerikalismus und daher Vorbehalte und Misstrauen gegenüber einer Universitätsidee, die bis zuletzt fast ausschließlich vom katholischen Universitätsverein forciert worden ist, der in den Jahrzehnten davor die verschiedensten Varianten ins Spiel gebracht hatte, wie man die katholische Universitätsidee unter Einbeziehung der Theologischen Fakultät doch noch irgendwie unter einen Hut bekommen könnte. Diese Ereignisse sind ja wissenschaftlich gut dokumentiert³ – zuletzt haben Alfred Rinnerthaler und Ernst Hanisch in der Ringvorlesung unserer Universität darüber gesprochen. Ich werde daher versuchen, im Folgenden vor allem das heftige Tauziehen und das dramatische Bemühen um die Wiedererrichtung der Universität in der Salzburger Politikarena zu beschreiben.



Abb. 12: Die Mitwirkenden an der Veranstaltung „Die Wiedererrichtung der Universität Salzburg 1962 und das Land Salzburg. Entwicklungen und Perspektiven“ im November 2012: v.l. der Vorsitzende der Lechner-Forschungsgesellschaft Michael Neureiter, Prof. Robert Kriechbaumer, Landeshauptmannstv. Wilfried Haslauer, Klubobfrau Gerlinde Rogatsch, Prof. Herbert Dachs und Prof. Ernst Hanisch

Die Universitätsidee galt bei SPÖ und FPÖ eindeutig als katholisch besetzt, und alle Entwicklungen und Initiativen auf diesem Feld wurden von diesen mit Argusaugen misstrauisch beobachtet, während man von Seiten der ÖVP diese Kreise nicht stören wollte, auch wenn man nicht mit allen Wendungen und Plänen einverstanden sein mochte. Landeshauptmann Josef Klaus hatte schon früh aber vage die Idee einer Wiederbegründung - in welcher Form auch immer - ventiliert. Diese Idee geisterte also immer wieder herum (so hatte ihm Finanzminister Reinhard Kamitz schon mehrere Jahre früher vorgeschlagen, an Stelle des als unpopulär eingeschätzten Festspielhauses doch eine Universität zu errichten.⁴

Abschied von einer katholischen Universität Salzburg

Bewegung kam aber erst in die Sache, als Erzbischof Andreas Rohrer nach einem komplizierten innerkirchlichen Entscheidungsprozess – auf Empfehlung des als Mittelsmann zum katholischen Universitätsverein fungierenden Stefan Rehl – im Mai 1960 ganz offiziell von den katholischen Universitätsplänen Abstand nahm und dies auch dem Landeshauptmann mitteilte. Angeblich war Klaus von dieser Kehrtwendung derart überrascht, dass er vom Überbringer dieser Botschaft eine schriftliche Bestätigung des Erzbischofs erbat, die er auch prompt erhielt.⁵

Damit ergab sich für die konservative Mehrheitspartei mit einem Schlag eine völlig neue Situation. Zwar hatten Klaus und andere ÖVP-Politiker – wie gesagt – die bisherigen katholischen Pläne mehr oder weniger wohlwollend begleitet, offiziell haben sich die Vertreter aber nie eingemischt oder gar offen dagegen gearbeitet. Nun konnte man diese Rücksichtnahmen aufgeben und einen offensiven Kurs einschlagen.

Es ist daher Stefan Rehl und Benedikt Probst – zwei wichtigen Akteuren in jenen Jahren – zuzustimmen, wenn sie 1972 in ihrem Rückblick auf „Die Wiederherstellung der Gesamtuniversität“ feststellen, dass „...es das Verdienst von Erzbischof Rohrer ist, daß die politischen Kräfte des Landes zur Verfolgung des Zieles der Wiederherstellung der staatlichen Universität `freigesetzt` wurden..... Es war demnach diese `Vorfeldentscheidung`, welche die Politik auf den Plan rief.“⁶

Prompt ging dann Klaus mit dem Thema an die Öffentlichkeit, indem er sich in einer Rede am 28.Mai 1960 dazu bekannte, sich in nächster Zeit besonders intensiv für die Realisierung und Finalisierung der Ziele Dom, Festspielhaus und Wiedererrichtung einer staatlichen Universität einsetzen zu wollen.

Klaus führte dann in den folgenden Monaten mit möglichen Interessenten und Exponenten intensive sondierende Gespräche (nämlich mit dem Erzbischof, Pater Thomas Michels, dem Unterrichtsminister und dem Salzburger Bürgermeister Alfred Bäck), und diese Gruppe traf sich am 19.Dezember 1960 und im März 1961, kurz bevor Klaus als Finanzminister nach Wien ging.

Dabei handelte es sich aber noch nicht – wie von einigen Autoren unscharf beschrieben wird – um ein Proponentenkomitee für eine staatliche Universität, sondern es ging um Beratungen zur Bildung eines Kuratoriums zur finanziellen Absicherung des privaten und von der katholischen Kirche bzw. vom katholischen Universitätsverein getragenen (und bereits am 5. August 1961 eingeweihten) „Forschungszentrums für Grundfragen der Wissenschaften“ und dessen künftige Stellung.⁷ Beraten wurde ein vom Universitätsverein vorgelegter Plan, der vier Punkte umfasste:

- Schon 1961 sollte eine staatliche Philosophische-geisteswissenschaftliche Fakultät, bestehend aus sechs bis acht Lehrkanzeln, geschaffen werde, die gemeinsam mit der Theologischen Fakultät die Bezeichnung „Salzburger Universität“ tragen sollte.
- Schaffung eines privatrechtlichen und von der katholischen Kirche zu tragenden Internationalen Forschungszentrums für Grundfragen der Wissenschaften (IFZ). Dieses sollte zehn Institute umfassen.
- Unter möglichst weitgehender Personalunion zwischen den Leitern der Lehrkanzeln und den IFZ-Instituten sollten unter dem Namen „Internationale Universität Salzburg – Albertus-Magnus-Universität“ Forschung, Lehre und Studium möglich sein.
- Weiters wurden verschiedene bauliche Pläne gewälzt, wie die Errichtung eines Hörsaals auf der Edmundsburg für 250 Personen, Neubau einer Zentralbibliothek im rückwärtigen Hof von St. Peter, Neubau eines Studentenheims in der Wolf-Dietrich-Straße u. ä. mehr.

Hans Lechner erinnerte sich 1983 in einem Vortrag daran, dass bei diesen Beratungen keine Einigung erzielt werden konnte, und „mir persönlich“ – so Lechner – „sahen damals schon die Wiedererrichtung einer selbständigen staatlichen Universität (wie in Wien, Graz und Innsbruck) für richtig.“

Immerhin sollte diese Beratergruppe dann den Kern des noch von Klaus geplanten und von Lechner dann am 13. Juni 1961 erstmals offiziell einberufenen Proponentenkomitees bilden (gebildet von Erzbischof Rohrer, der sich meist vom Obmann des katholischen Universitätsvereins, Pater Thomas Michels, vertreten ließ, Bürgermeister Alfred Bäck, dem Präsidenten der Akademie Mozarteum, Eberhard Preussner, und dem Dekan der Theologischen Fakultät, Benedikt Probst). Mit der Federführung wurde der noch bestehende Teil der staatlichen Universität, also die Theologische Fakultät, betraut.

Ziehen wir ein kurzes Zwischenresümee: Die Idee einer staatlichen Universität war zwar von Klaus seit Mai 1960 als Ziel proklamiert, über die konkrete Form bestand aber völlige Unklarheit, bei Befürwortern wie bei möglichen Gegnern. Die beschriebenen Beratungen und Pläne waren nicht allgemein bekannt, und es war nicht klar, inwieweit Bürgermeister Bäck als einziger der SPÖ zuzurechnender Vertreter seine Partei voll informierte. Er sah sich vor allem als kommunalpolitischen Pragmatiker, der Chancen für die Stadtentwicklung wahrzunehmen hatte. Das freiheitliche Lager war in diesem innersten Kreis überhaupt nicht vertreten. Das latent noch immer vorhandene Misstrauen, katholische Kreise würden die Universitätsneugründung zu eigenen Zwecken nützen, erhielt daher – auch wegen der Pläne des Universitätsvereins – immer wieder neue Nahrung. Typisch dafür ist ein Artikel im sozialistischen „Demokratischen Volksblatt“ vom 13. Dezember 1960, in dem – zwar nicht alarmiert, aber wachsam – unter dem Titel „Staatshilfe für katholische Universität“ über „Konkrete Pläne für Verstaatlichung der päpstlichen Fakultät“ berichtet und etwas beunruhigt bemerkt wurde, dass sich der Universitätsverein unter Führung von Thomas Michels seit neuestem immer seltener als „katholisch“ und statt dessen immer öfter als „international“ deklariere.⁸

Die damaligen landespolitischen Akteure hatten auch die schweren politischen Auseinandersetzungen um den Bau des neuen Festspielhauses noch nicht vergessen. Dieses – vor allem von Klaus fast im politischen Alleingang durchgestandene – Großprojekt war ja massiven politischen Anfeindungen (vor allem von Seiten des VdU bzw. der FPÖ) ausgesetzt gewesen, u.a. mit dem Argument, das Land solle zuerst die Wohnungsnot beseitigen und erst dann bauen. In Erinnerung war auch noch, dass der Bund bei der Bauentscheidung mit einer zeitlich begrenzten Zusage, das Projekt finanziell unterstützen zu wollen, stark Druck gemacht hatte, und waren schließlich auch noch die stark steigenden Baukosten, welche Jahre hindurch zum Dauerbrenner landespolitischer Kritik geworden waren. Zielscheibe all` dessen war der Landeshauptmann, der ja bei der Wahl 1959 auch prompt mit dem Verlust eines Mandats „abgestraft“ worden war.⁹ Die Lust auf Großprojekte war also damals in Salzburgs Landespolitik enden wollend.

Zuletzt sei noch darauf verwiesen, dass die Idee einer Wiedererrichtung der Universität im Rahmen der damals dominanten Klientelpolitik und deren immanenter Logik (nämlich jedes Thema vor allem nach unmittelbaren - Vorteilen – „Cui bono“ - für die eigene Wählerschaft zu beurteilen) zunächst über einen eher kleinen Kreis Interessierter hinaus kaum großen Enthusiasmus hervorgerufen haben dürfte. Es war also kein griffiges Mehrheitsthema, das die Wählermassen von den Sesseln reißen würde. Von den Skeptikern wurde aber befürchtet, dass damit eine zusätzliche Ausweitung der kulturellen katholisch-konservativen Hegemonie erreicht würde.

Soweit also die Situation und die allgemeine landespolitische Stimmungslage im Frühjahr des Jahres 1961. Mit der Berufung von Josef Klaus zum Finanzminister und der Wahl Hans Lechners (per Akklamation übrigens, was nach 1945 noch in keinem Bundesland geschehen war) am 17. April 1961 zu dessen Nachfolger kamen die Dinge nun rasch in Bewegung. Diese unversehens gewonnene bundespolitische Schlüsselposition von Finanzminister Klaus machte in den folgenden Monaten - um im Jargon des Eishockeys zu sprechen - in Sachen Universität ein Kombinations-Spiel über die Bande möglich.

Doch der Reihe nach: Bereits in seiner ersten Rede als frisch gekürter Landeshauptmann bekannte sich Lechner zu dem von Klaus im Juli 1959 vorgelegten Regierungsprogramm, fügte aber hinzu, dass „neue Gedanken, Notwendigkeiten und Möglichkeiten wie z.B. der Ausbau oder Neubau weiterer Mittelschulen, die Errichtung einer staatlichen Teiluniversität u.a.“ zu prüfen und zu betreiben wären.¹⁰ Knapp einen Monat später nutzte Lechner dann die vor großer bundespolitischer Prominenz (u.a. Bundespräsident, Bundeskanzler und zahlreiche Minister) ablaufende Feier „100 Jahre Land Salzburg“, um als einen der zentralen Salzburger Wünsche die Wiederrichtung der 1810 geschlossenen Universität zu fordern. „Der Wunsch“ – so Lechner – „Salzburgs Stellung im geistigen Leben nun auch noch durch die Wiederergründung einer staatlichen Teiluniversität zu bestätigen und damit gleichzeitig das Unrecht von 1810 gutzumachen und ein bestehendes dringendes Bildungsbedürfnis zu befriedigen, wird dabei immer stärker.“ Nur eine entsprechend gebildete Jugend könne auf Dauer das hohe Wirtschaftsniveau in Salzburg garantieren, und Salzburg zähle ja zu den „gebenden Ländern, der Bund erhalte ja große Investitionen ohnehin in Form von höheren Steuereingängen rasch wieder zurück.“¹¹ Hans Lechner berichtete später, dass er für diese Rede wohlwollende Zustimmung bekommen habe, freilich wissen wir nicht genau, von wem, denn sein optimistischer Elan sollte bald eine abkühlende Dusche zu ertragen haben.

Kostenregelung für Salzburg wie für Linz?

Das schon vorhin angesprochene Komitee – nun als offizielles Proponentenkomitee für die Wiedererrichtung der Universität – trat dann am 13. Juni 1961 erstmals zusammen und sandte bereits am 20. Juni ein schriftliches Ersuchen an das Unterrichtsministerium unter dem Betreff „Errichtung einer staatlichen philosophischen Fakultät in Salzburg und Vereinigung der theologischen Fakultät mit der genannten philosophischen Fakultät zur `Universität Salzburg`“. Diese neue Fakultät sollte zunächst mit 18 Ordinariaten ausgestattet werden.¹² Schon am 11. Juli kam die Antwort: Nach Rücksprache mit dem Finanzministerium – so teilte man lapidar mit – sei die Voraussetzung

für die Erfüllung dieser Wünsche, „dass die Kosten der Errichtung und des Betriebes der Fakultät, ähnlich wie dies bei der zu errichtenden Hochschule für Sozialwissenschaften in Linz beabsichtigt sei, zwischen dem Bund und den Proponenten des Projekts geteilt werde.“¹³ Damit war die Katze quasi aus dem Sack, und es war das eingetreten, was zu befürchten war, dass nämlich die vom Land Oberösterreich und der Stadt Linz gegebenen finanziellen Versprechungen zur raschen Realisierung ihrer Hochschulpläne auch den Salzburgern als Hürde aufgebaut wurde.

Der berühmte Linzer Hochschulfonds hatte versprochen, die Kosten der notwendigen Neubauten voll und die laufenden Kosten für eine längere Zeit zu einem erheblichen Teil selber tragen zu wollen. Ein finanzielles Engagement also, das zu übernehmen für Salzburg völlig undenkbar war. Entsprechend vehement daher der ablehnende Brief vom 17. August 1961: In Salzburg gehe es um eine Wiedererrichtung (Graz und Innsbruck hätten dies schon wenige Jahrzehnte nach ihrer Aufhebung erreicht) und die Beseitigung eines alten Unrechts und nicht um eine „Hochschule neuen Stils“ wie in Linz, man erwarte daher eine ähnliche Behandlung wie die übrigen österreichischen Universitäten auch. Die Gründung eines Universitäts-Fonds wäre daher nach Meinung der Proponenten „dem Ziel der Errichtung einer Universität in Salzburg“ nicht „dienlich“. Sie betonen aber, „dass man in Salzburg selbstverständlich gewillt ist, auch materielle und finanzielle Lasten auf sich zu nehmen“, um die Realisierung der Pläne zu beschleunigen.¹⁴

Ob man nun wollte oder nicht, die Salzburger Universitätspläne (die eindeutig als konservativ und kirchen- bzw. ÖVP-nahe eingestuft wurden) waren damit unversehens in ein Junktim mit dem Linzer Vorhaben geraten, welches in Oberösterreich schon weitgehend als politisch koordiniert galt und vor allem vom Linzer SP-Bürgermeister Ernst Koref, dem einflussreichen Präsidenten des Nationalrats Alfred Maleta und natürlich von Landeshauptmann Heinrich Gleißner gepusht wurde.

Salzburgs Karten erschienen im Sommer 1961 demgegenüber als wesentlich schwächer und die Aussichten daher alles andere als rosig:

Hier war landespolitisch noch gar nichts koordiniert oder gar entschieden. Zwar versprach der Finanzminister, sich für die Salzburger Pläne einzusetzen, „seine Ministerialbürokratie zog“ aber – wie Lechner gelegentlich bemerkte – „dabei nicht allzu gerne mit“. Dem gegenüber erschien der ressortzuständige Unterrichtsminister Heinrich Drimmel, ein Wiener, als unsicherer Kantonist. Hatte Landeshauptmann Klaus mit ihm in der Universitätsfrage noch „durchaus hoffnungsvolle Gespräche“ geführt, so erwies er sich nun, da es konkret wurde, als großer Zauderer und gar Bremser. Seine Ängste, dass durch die Salzburger Pläne auch die anderen Universitäten in finanzielle Schwierigkeiten kommen könnten, gipfelte in dem oft geäußerten Satz: „Ich kann nicht ein Milliardenprojekt für Salzburg beginnen, wenn mir die Millionen für die bestehenden Hochschulen fehlen.“¹⁵ Natürlich war darin – quasi als stille Post – auch die Botschaft an den Finanzminister enthalten, für wissenschaftliche Belange mehr Geld zu geben.

Schon im Juli 1961 hatte Vizekanzler Bruno Pittermann zudem Lechner versichert, dass er den Salzburger Universitätsplänen im Ministerrat nur zustimmen könne, wenn auch die Salzburger SPÖ dafür sei, und damit war der Ball wieder auf die regionale Ebene zurück gespielt, denn schon im Herbst 1961 teilte Finanzminister Klaus mit, dass mit den Linzern alle finanziellen und organisatorischen Fragen geklärt seien, er aber seine Zustimmung mit einer positiven Entscheidung für Salzburg junktимиert hätte. Er könne aber seine Zustimmung nicht mehr lange hinauszögern.

Keine Kostenbeteiligung des Landes Salzburg!

Die Sache spitzte sich also zu. Hans Lechner hatte sich mit diesem Projekt derart weit politisch vorgewagt und – wie zunehmend deutlicher wurde – auch persönlich identifiziert, dass ein möglicher Aufschub auf unbestimmte Zeiten für ihn als Niederlage gegolten hätte. Zudem war nicht abzusehen, ob und wie lange man in der Bundesregierung einen derart entschlossenen und entschiedenen Fürsprecher wie Klaus haben würde. Vertreter des Proponenten-Komitees und

natürlich auch Lechner selbst lobbyierten in diesem Sommer heftig für die Universität, und sie führten die verschiedensten Gespräche über deren Inhalte und Verläufe. Aber alle, die diesem engen Kreis nicht angehörten, konnten nur mehr oder weniger vage Vermutungen oder Befürchtungen anstellen.

Endlich berichtete dann der Landeshauptmann am 11. September 1961 erstmals in der Landesregierung, wie weit das Vorhaben Wiederbe- gründung gediehen war. Linz – so wurde mitgeteilt – werde pro Jahr 10 Millionen zuschießen, und von Salzburg würden auf mehrere Jahre verteilt zumindest 18 Millionen erwartet. Als erste Stufe sollte eine philosophische Fakultät errichtet werden. Während nun die Salzburger Nachrichten, die über die Universitätsangelegenheiten stets überwie- gend aufgeschlossen und positiv berichteten, sie titelten „Bemühun- gen um Errichtung einer Philosophischen Fakultät im bemerkenswerten Stadium“¹⁶, klang das sozialistische Demokratische Volksblatt schon wesentlich unfreundlicher: Zwar sei man grundsätzlich für eine Universität - so konnte man lesen - diese werde aber die finanziellen Möglichkeiten Salzburgs übersteigen. Die geplante Fakultät, „deren Wert noch umstritten ist, (würde) auf Kosten schulischer und sozialer Aufgaben gehen..., zu denen das Land unmittelbar verpflichtet ist.“¹⁷ Die Freude über eine mögliche Universität werde nämlich „...durch wissenschaftliche Halbheiten, mehr aber noch durch finanzielle Aben- teuer getrübt....an deren Ende der finanzielle Ruin des Landes stünde.“¹⁸ Und dem - so die immanente Botschaft - werde man nicht zustimmen.

Die Regierungsvertreter von SP und FP teilten dann nach Lechners Information in der Regierung mit, dass sie noch mit ihren Fraktionen Rücksprache halten müssten. In seltener Einigkeit kamen die Vertreter beider Parteien wenige Tage später dann in vertraulicher Sitzung überein, dass sie jede Übernahme finanzieller Lasten gemeinsam und konsequent ablehnen würden.¹⁹

Erwähnt sei auch noch, dass sich das landespolitische Klima in jenem Herbst insgesamt eingetrübt hatte. Die einhellige Zustimmung bei

der Wahl des neuen Landeshauptmanns war längst verflogen, denn Lechner hatte sich in kürzester Zeit als ein Politiker erwiesen, der eigene Ideen und Initiativen mit Zielstrebigkeit und einer gewissen Vehemenz zu verfolgen suchte.²⁰ Im Zuge der Budgetverhandlungen wurde dann das Klima noch einmal um eine Spur rauer, und es kam vor allem mit den Sozialisten unter der Führung Franz Peyerls zu so gravierenden Meinungsverschiedenheiten, dass im Landtag vorübergehend gar ein sogenannter „Schwierigkeitenüberbrückungsausschuss“ eingerichtet werden musste.²¹

Hans Lechners Rücktrittsdrohung

Lechner brauchte also im Herbst in Sachen Universität dringend einen Durchbruch, und den suchte er auf Bundesebene beim Unterrichtsminister. Dieser verharrte ja noch immer auf der Position, dass sich Salzburg - ähnlich wie Linz - finanziell stark engagieren müsse. Bei einer von Lechner gewünschten längeren Aussprache im Wiener Vogel-sangheim in der Tivoligasse am 27. November machte er Drimmel unmissverständlich klar, „daß die Wiedererrichtung der Universität Salzburg moralisch, rechtlich und praktisch anders gesehen werden müsste“ als das Vorhaben in Linz. Sollte das von Drimmel samt der ganzen Regierung nicht akzeptiert werden, würde er - Lechner - am 7. Dezember von seinem Amt als Landeshauptmann zurücktreten. Lechner schrieb später, dass Drimmel „zwar über diese Mitteilung recht unwillig“ gewesen sei, er aber das Gespräch fortgesetzt hätte, und schließlich sei man zu einem „guten Ergebnis“ gekommen.²²

Dieses „gute Ergebnis“ sah dann so aus, dass prompt am 1. Dezember schon ein neuer Gesetzesentwurf übersandt wurde, in dem von einer finanziellen Beteiligung Salzburgs nichts mehr zu lesen war. In § 1 hieß es da lapidar: In Salzburg werde eine Philosophische Fakultät errichtet, und diese werde gemeinsam mit der Theologischen Fakultät „zur Universität Salzburg vereinigt“.²³ In den erläuternden Bemerkungen wurde u.a. darauf verwiesen, dass im Bundesvoranschlag 1962 für Salzburg und Linz schon 200.000,- Schilling vorgesehen seien.



Abb. 13: Bundesminister a.D. Heinrich Drimmel (Mitte) beim Festakt zur Auszeichnung als Ehrensator im August 1968 mit Erzbischof Andreas Rohrer und Landeshauptmann Hans Lechner

Damit schien nun der Durchbruch geschafft! Lechner hatte hoch gepokert und sich bis jetzt durchgesetzt. Zuletzt gegenüber einem zaudernden Unterrichtsminister, den Lechner – wie er später mehrmals betonen sollte – zwar „als universales Genie und glänzenden Rhetoriker verehrte“²⁴, aber „seines Temperamentes wegen habe ich ihn nie für einen politischen Praktiker gehalten. Das sind zwei ganz verschiedene Dinge: der Denker und der Praktiker“²⁵ Drimmel hatte also keine Machtgruppe oder Organisation hinter sich, er galt für Lechner deshalb und auch aus persönlichen Gründen eher für ein politisches Leichtgewicht, das man unter Anwendung von schärferen Methoden wie einer Rücktrittsdrohung politisch umstimmen konnte.

Dabei wissen wir freilich nicht, wie sehr finanzielle Verwendungszusagen seitens des Finanzministers diese Wendung erleichtert haben. In diese Richtung deutet eine Interviewaussage von Josef Klaus aus dem Jahre 1975, in der sich dieser zu seiner damaligen Junktimpolitik zwischen Linz und Salzburg bekannte. Diese Vermehrung der

Hochschulen „hat natürlich mehr Kosten verursacht, aber diese Vermehrung der Hochschulen in Österreich, das lag damals in der Luft, und ich habe es seither nie bereut, daß ich das damals junktimiert und durchgesetzt habe.“²⁶

Die Universitätsidee im Landtag

Hans Lechner und den Befürwortern des Universitätsprojekts war damit jedenfalls ein großer Schritt vorwärts gelungen. Man darf aber nicht vergessen, dass diese politischen Abläufe, über die wir heute relativ gut Bescheid wissen, damals nur einem ganz kleinen Kreis von Insidern bekannt waren. Alle schlecht oder nur teilweise Informierten konnten ihr Misstrauen pflegen, denn offiziell waren bisher weder der Landtag noch der Salzburger Gemeinderat befasst worden.

Diese unübersichtliche Situation sollte sich nun mit dem anstehenden Abschluss der Budgetberatungen im Landtag mit einem Schlag ändern, und die Universitätsfrage dominierte prompt schon die Verhandlungen im Budgetausschuss und dann auch die Debatten im Plenum - und das, obwohl Universitätsfragen in die Bundeskompetenz fielen und der Landtag damit offiziell eigentlich nichts zu schaffen haben sollte. Aber der Finanzlandesrat hatte auf Anregung Lechners quasi einen Erinnerungsposten von 20.000,- Schilling ins Budget gesetzt, und darauf stürzten sich nun bei der Plenardebatte am 14. und 15. Dezember 1961 mit Verve und auch mit einer gewissen Wut die Redner von SPÖ (LHStv. Franz Peyerl und Karl Steinocher) und FPÖ (Manfred Krüttner und Kurt Richter), und mit einem Schlag brach die Problematik in ihrer ganzen Komplexität und auch noch teilweisen Ungeklärtheit auf. Dabei verstieg sich aber keiner der engagierten Wider-Redner zu einer grundsätzlichen und pauschalen Ablehnung der Salzburger Universitätsidee, die formulierten Aber, die Bedenken, Bedingungen und Einwände und zusätzlichen Wünsche hatten es aber in sich. Folgende Haupteinwände wurden formuliert:²⁷

- Beim Thema Universität handelt es sich um eine Bundesaufgabe, und wenn man eine Salzburger Beteiligung will, müssten die einzurich-

tenden Studien für Salzburg nützlich sein. Da noch konkrete Unterlagen über das künftige Uni-Profil fehlten, sei zu erwarten, dass die geplante Philosophische Fakultät für Salzburg nur wenige Studienrichtungen werde abdecken können.(Peyerl: man müsse daher „zugeben, dass es völlig absurd ist, von der Wiedererrichtung einer Universität in Salzburg zu sprechen“, vielmehr werde es sich nur um eineinhalb Fakultäten handeln.)

- Bisher wurde der Landtag nie offiziell informiert und es sei unseriös, eine derart grundlegende Entscheidung quasi zwischen zwei Budgetposten beraten und entscheiden zu sollen: (Krüttner: Es sei „eine Zumutung..., von einem verantwortungsbewussten Abgeordneten zu verlangen, dass er Geldmittel auch bescheidenster Art für ein Projekt bewilligt, das er überhaupt noch nicht kennt und dessen Endbelastung er in finanzieller Hinsicht für das Land auch gar nicht kennen kann.“)
- Gestützt auf Schriften des katholischen Universitätsvereins wurde geargöhnt, dass es bei der Salzburger Universität nur um eine Ergänzung der Theologischen Fakultät gehe (Steinocher: „Man will also nur über den Umweg das erreichen, was man auf dem anderen Weg nicht bekommen hat.“)
- Zwar benötige Salzburgs Wirtschaft neue Fachkräfte, „...mit einer konservativen Universität, wie sie hier in diesem Plan vorliegt, (wird) diesem Ziel nicht gedient...“ (Steinocher)
- Immer wieder variiert wird als zentraler Einwand, Salzburg dürfe keinerlei finanzielle Zusagen machen (Peyerl: „Solange das Land wie bisher noch zehn Jahre zu tun haben wird, um seinen Investitionsverpflichtungen gerecht zu werden, so lange können für andere Zwecke, die nicht zu den Pflichtaufgaben des Landes gehören, keine Geldmittel zusätzlich gegeben werden.“).
- Als Verteidiger traten von Seiten der ÖVP die Abgeordneten Hans Schmidinger, Hans Zyla, Wilfried Haslauer sen. und Martha Weiser auf den Plan, wobei letztere im Überschwang ein wenig ins Fettöpfchen trat (und später auch prompt von Lechner indirekt gerügt wurde), weil sie, eine Befürchtung von Karl Steinocher aufnehmend, an der Salzburger Universität würde künftig nur mit schwarzer Tinte geschrieben werden, beruhigend meinte: „Die rote Tinte kommt noch“.

Adressiert waren diese kritischen Einwände natürlich vor allem an den Landeshauptmann, den wichtigsten Bannerträger und Protektor der Universitätsidee. Er ließ sich aber nicht provozieren. In seiner ausführlichen Erwiderung, die von zahlreichen Zwischenrufen von Peyerl und Steinocher begleitet wurde, versuchte er sein und des Proponentenkomitees Vorgehen zu erklären und durch sachliche Argumente und Informationen auch aufzuklären. Er glaube – so Lechner an seine Kritiker gewandt – „dass wir durch eine Mauer von Voreingenommenheiten, von Missverständnissen und, wie ich sagen möchte, von wirklich unbegründeten Verdachtsmomenten weitgehend voneinander getrennt sind.“ Um diese „Mauer“ zu überwinden, führte er u.a. folgende Argumente ins Treffen:

- Die rasch wachsenden Hörerzahlen in Österreich begründen eindeutig den Bedarf neuer Hochschulen, wolle man nicht in Massenstudien versinken. In Deutschland seien zuletzt vier neue Universitäten gegründet worden, weitere würden folgen.
- Wer unrealistisch sofort eine Volluniversität fordere, drohe den Plan als Ganzes zu gefährden und zu blockieren. Alle großen Universitäten hätten sich aus Teilen heraus Schritt für Schritt entwickelt. Daher werde es auch im Hochschulstudiengesetz bzw. in den erläuternden Bemerkungen über Salzburg heißen, dass in Salzburg „zunächst“ eine Philosophische Fakultät zu errichten sei, der weitere folgen sollten (was Karl Steinocher schon zuvor zum Zwischenruf provoziert hatte: „Das kann hundert Jahre dauern, bis dieses `zunächst` erfüllt wird!“)
- In einer Philosophischen Fakultät werde nicht nur Philosophie gelehrt, sondern zahlreiche weitere Fächer wie Sprachen, Geschichte, Pädagogik, Psychologie usw.
- Alle katholischen Pläne seien definitiv ad acta gelegt.
- Vehement verwarnte sich der LH gegen die Vorwürfe, er habe vollendete Tatsachen schaffen wollen und zu wenig informiert. Seit Monaten, so Lechner, versuche er, Stimmung zu machen, und rede ununterbrochen mit den verschiedensten Personen, Stellen und Institutionen über Salzburgs Universitätspläne, auch habe er ja die Regierung informiert, und nie habe ihn ein Politiker auf dieses Thema kritisch-tadelnd angesprochen. Auch sei im Proponentenkomitee ein

„sehr wichtiger sozialistischer Exponent und Funktionär“ dabei gewesen (gemeint war Bürgermeister Bäck), und auch der habe die Sache mit gefördert (ein Hinweis, der Peyerl zum vieldeutigen Zwischenruf animierte: „Der ist nur als Bürgermeister dabei!“).

- Zudem sei die ursprünglich geforderte finanzielle Mitbeteiligung a là Linzer Hochschulfonds schon längst vom Tisch, und Salzburg werde nur das Alte Studiengebäude frei machen, indem auf eigene Kosten für das Akademische Gymnasium und die Lehrerbildungsanstalt neu zu bauen wäre (je 12 Millionen).
- Abschließend betonte Lechner noch einmal, dass es sich bei der geplanten Universität „für Salzburg um keine katholische Universität (handeln werde) – für diejenigen, für die das ein rotes Tuch wäre...“, dass man den günstigen Zeitpunkt unbedingt nützen solle, und dass man aber das Ziel nur erreichen werde, wenn sich in Salzburg alle Parteien einig wären. Er schlug daher für Ende Jänner eine Enquete vor, bei der vor breitem Publikum alle kritischen Punkte noch einmal durch besprochen werden sollten, um dann mit Wien in die Endverhandlungen eintreten zu können.

Aufschlussreich dann, wie die Parteien ihre Positionen in den ihnen nahestehenden Tageszeitungen darstellten. Während Eberhard Zwink in den überparteilichen Salzburger Nachrichten zwar ein gewisses Verständnis für „die vielleicht nicht unberechtigte Verärgerung über das als einseitig empfundene Vorgehen des Proponentenkreises“ aufbringt, die man „um der großen Sache willen“ zurückstellen sollte,²⁸ erneuert das Demokratische Volksblatt - noch unversöhnt - die sozialistischen Vorbehalte und meint u.a.: „Das Projekt einer Rumpfuniversität, die sorgsam ausgesuchte Geisteswissenschaften der Theologie in der Funktion von Adjutanten an die Seite stellen würde, ist ganz besonders ungeeignet, ein Engagement des Landes zu empfehlen.“²⁹ Ähnlich, aber differenzierter Landesrat Kaut einige Tage später im Salzburger Volksblatt (das allen drei Parteien Raum für ausführliche Stellungnahmen eingeräumt hatte):³⁰ Die Sozialisten – so Kaut – begrüßten „grundsätzlich eine staatliche Universität in Salzburg, an der die Freiheit der Forschung und Lehre gesichert ist“. Zu wünschen wäre aber, zu den vorgeschlagenen beiden Fakultäten noch eine Juridische

hinzuzufügen (sie würde keine großen Kosten verursachen). Keinesfalls dürfe Salzburg finanziell zusätzlich belastet werden, denn wenn man mit Recht von der Wiedergutmachung eines historischen Unrechts spreche, wäre es „absurd, dass derjenige, an dem ein Unrecht gut gemacht wird, dafür zahlen soll.“

Der Freiheitliche Manfred Krüttner formulierte sein „Ja, aber“ in einer etwas anderen Variation: Natürlich sei auch seine Partei „aus vollster Überzeugung“ für den Hochschulgedanken, Salzburg dürften aber vom Bund keinerlei ungerechtfertigten Auflagen aufgezungen werden. Auch könne man sich „...lebhaft vorstellen, welche Fäden hier (vom Landeshauptmann und dem Proponentenkomitee, H.D.) hinter den Kulissen gesponnen werden. Man wird den Verdacht nicht los, dass man Salzburg zum Zentrum einer klerikal katholischen Bildung machen will, wobei der Staat das Ganze bezahlen soll.“ Um dem einen Riegel vorzuschieben, wird dezidiert „die sofortige Gründung einer Volluniversität“ verlangt. „Eine Ausrichtung höchst einseitig nach klerikaler Richtung wird abgelehnt.“³¹

Die Ankündigung der Enquete beruhigte dann die aufgebrachte Stimmung ein wenig. Zwar blieben SPÖ und FPÖ bei ihrer Ablehnung des umstrittenen Budgetpostens, keiner lehnte aber eine Wiedererrichtung der Universität grundsätzlich ab, obwohl die damit verbundenen Wünsche der einzelnen Kontrahenten noch weit auseinander lagen. Insbesondere die Zustimmung der Sozialisten war noch lange nicht gesichert. Ihnen kam ja, wegen Pittermanns Bedingung, in dieser Phase eine starke Vetoposition zu. Andererseits erschien auch die sozialistische Front der Vorbehalte alles andere als geschlossen. Vor allem der Salzburger Bürgermeister Bäck – Mitglied im Proponentenkomitee seit der ersten Stunde – ging hier teilweise andere Wege. Schon Lechner hatte in seiner Rechtfertigungsrede im Landtag auf den Salzburger Bürgermeister verwiesen („Ich möchte ihm in keiner Weise irgendwie Schwierigkeiten machen.“³²), dass dieser über alles informiert war, und er auch die Pläne wesentlich mit gefördert habe. Auch Eberhard Zwick stichelte, dass Bäck für diese Haltung „nun ausgerechnet von seiner Partei und von seinem Parteiobmann in einer Weise brüskiert (wird),

die ziemlich beispiellos ist.“³³ Als Alfred Bäck dann einige Tage später in der Budgetdebatte der Stadt Salzburg zwar die bekannten sozialistischen Vorbehalte erwähnte (keine zusätzlichen finanziellen Belastungen und Volluniversität), sich aber erneut und klar zum Universitätsprojekt bekannte, applaudierten die Mandatare der ÖVP, während die der SPÖ schwiegen...³⁴

Landtagsenquete zu mehr Information

Den großen Umschwung der Meinungen sollte also die angekündigte Enquete im Ständesaal des Salzburger Landtages am 9. Februar 1962 bringen. Einige Tage zuvor war es Lechner noch gelungen, das im Vorjahr schon versprochene Abrücken von der Forderung nach finanziellen Pflichtbeiträgen Salzburgs offiziell zu bestätigen. In einem Gespräch zwischen Unterrichts- und Finanzminister und den Landeshauptleuten von Oberösterreich und Salzburg wurde der bisherige Verhandlungsstand bestätigt und die finanziellen Belastungen für Oberösterreich und die Stadt Linz herabgesetzt.³⁵

Offenbar konnten aber diese für Salzburg erfreulichen Abmachungen bis zur Enquete nicht offiziell ausformuliert und hinreichend kommuniziert werden, weil dann bei der Enquete von SPÖ und FPÖ unisono beklagt werden konnte, dass die konkreten Unterlagen über die Finanzen noch immer unzulänglich wären. Dieses alte Misstrauen bekam dann noch durch einen Knalleffekt insofern Nahrung, als ein zur Beobachtung anwesender Ministerialrat aus dem Finanzministerium ein mit 30.1.1962 datiertes Schreiben verlas, wonach Universitätsneugründungen keine zusätzlichen Kosten verursachen dürften.

Lechner war natürlich über diese Äußerungen – wie das Demokratische Volksblatt berichtete – „sehr ungehalten, weil sie ihm offenbar das Konzept zerstörten“³⁶ und weil auch Unterlagen fehlten. Nach Meinung des sozialistischen Parteiblattes war das Universitätsprojekt „um keinen Schritt vorangekommen“. Für das Salzburger Volksblatt war mit dieser Episode „Der Dolch im Gewande“, d.h. die offenbar noch immer vorhandene Unsicherheit über drohende finanzielle

Belastungen, sichtbar geworden. Hans Lechner hatte übrigens dem Ministerialrat sofort heftigst widersprochen und darauf verwiesen, dass er schon seit September nur mehr auf der Basis gewisser Anfangshilfen von Seiten Salzburgs verhandle.³⁷ Ob nun dieser Querschuss von Seiten der Ministerialbürokratie inszeniert war oder ob einfach Verständigungsschwierigkeiten innerhalb des Finanzministeriums dafür verantwortlich zu machen waren, können wir nicht beurteilen. Trotz allem wurden bei dieser Informationsveranstaltung die bekannten Argumente und Fakten einem breiten Teilnehmerkreis vermittelt und Missverständnisse aufgeklärt. Die Salzburger Nachrichten titelten daher wohlwollender als die vorhin zitierten Parteiblätter mit „Schrittweise das Ganze erreichen“.³⁸

Die Zustimmung wächst

In den kommenden Wochen gelang es dann auch, die grundsätzliche Zustimmung verschiedener potentieller Vetospieler in der akademischen Szene Österreichs zu gewinnen - wie die Rektorenkonferenz und die Akademie der Wissenschaften. Alle diese grundsätzlich zustimmenden Voten waren freilich an die immer wieder kehrende Auflage gebunden, dass die mühsam ausverhandelten eigenen Investitionsprogramme durch das Salzburger Projekt nicht geschmälert werden dürften. Engagiert haben sich hier vor allem der Präsident der Akademie Mozarteum Eberhard Preußner und mehrere Mitglieder der Theologischen Fakultät. Sie waren ja Mitglieder dieser Gremien.

Im März 1962 verabschiedete dann auch der Bund Sozialistischer Akademiker (BSA) in Salzburg eine Resolution, in der die Volluniversität gefordert wurde. Den sozialistischen Akademikern gehe es - so wurde etwas pompös formuliert - grundsätzlich um „einen modernen, fortschrittlichen Geist“ und „Forschung und Lehre müssen in inniger Verflechtung der vorwärts drängenden Gesellschaft und ihrer Erneuerung zugewandt sein.“³⁹

Auch gelang es schließlich doch, unter Salzburgs Parteien die ausverhandelten finanziellen Arrangements glaubhaft darzustellen, und

auch zwischen der – zumindest für den Moment unrealistischen – Maximalforderung „Volluniversität sofort“ und der realistischen Minimalvariante „Philosophische Fakultät jetzt und schrittweise Weiterentwicklung“ konnte man sich in Salzburg verständigen. Nach der Erinnerung Hans Lechners habe der spätere Landesamtsdirektor Alfred Edelmayr die entsprechenden vermittelnden Formulierungen gefunden⁴⁰, wonach die Salzburger Universität zwar grundsätzlich als Volluniversität konzipiert werde, diese aber „vorläufig“ nur die beiden Fakultäten umfassen wird. Die weitere Entwicklung sollte durch „besondere Bundesgesetze“ geregelt werden.

Damit sahen SPÖ und FPÖ ihre Forderungen einigermaßen erfüllt und gaben sich zufrieden, bzw. rechneten es sich beide in ihren Parteiblättern als „ihren“ Erfolg an, dass sie die Forderung nach der gesetzlichen Verankerung der „Volluniversität“ (mochte deren Realisierung auch damals noch als unreal erscheinen) durchsetzen konnten.⁴¹ Diese Formulierungen wurden dann auch von den beiden betroffenen Ministerien akzeptiert, und sie erhielten – im Moment mindestens ebenso wichtig – auch den Sanktus von SPÖ und FPÖ in Salzburg.⁴² Damit war auch Bruno Pittermanns Bedingung für seine Zustimmung im Ministerrat erfüllt.

Dieses informelle Agreement der Salzburger Parteien wurde – nachdem Universitätsfragen ja Bundessache sind – bezeichnenderweise nicht etwa im Landtag oder im Rahmen einer Regierungssitzung besiegelt, sondern am 24. Mai 1962 im Cafe Glockenspiel! Es ist uns leider nicht überliefert, ob dabei nur Kaffee getrunken, oder – dem bedeutsamen Anlass gemäß – auch qualitätsvollere Flüssigkeiten konsumiert worden sind. Die entsprechende Novelle des Hochschulorganisationsgesetzes wurde dann Mitte Juni im Ministerrat beschlossen und am 6. Juli im Nationalrat verabschiedet.

Die großen Vorwärtstreiber in Sachen Wiedererrichtung der Universität Salzburg waren also zweifelsohne Josef Klaus und Hans Lechner (der eine als Finanzminister eher im Hintergrund, der andere in der Schlussphase im vollen Licht der Öffentlichkeit und damit auch der



Abb. 14: Die offizielle Wiedereröffnung der Universität fand 1964 in Anwesenheit von Bundespräsident Adolf Schürf und Bundeskanzler Josef Klaus statt: Im Bild 2.v.l. Bundesminister Theodor Piffl-Percevic, 3.v.l. Bundeskanzler Klaus und 4.v.l. der steirische Landeshauptmannstv. Hanns Koren



Abb. 15: Landeshauptmann Hans Lechner wurde 1966 als Erster mit der Würde des Ehrensensors ausgezeichnet, Heinrich Drimmel zwei Jahre später. Im Bild v.l. Hans Lechner, Stefan Rehrl, Carl Holböck, Georg Pfligersdorffer und Benedikt Probst

Kritik), während man Erzbischof Rohrer als großen Ermöglicher einstufen könnte. Lechner spielte hoch engagiert und persönlich riskant, und Kenner seiner Persönlichkeit meinen, dass er seine Rücktrittsdrohung wahr gemacht hätte. Auch begünstigt von bundespolitischen Konstellationen und einem allgemeinen gesellschaftlichen Kontext gelang ihm schon im ersten Jahr seiner Regierung ein politisches Kabinettstück, auch weil er es schaffte, mehr oder weniger qualifizierte und ganz unterschiedlich motivierte Kritik nicht nur zu ertragen, sondern diese letztlich auch zur Aufwertung und Weiterentwicklung des geplanten Produkts „Universität“ in Salzburg zu integrieren und zu nutzen.



Abb. 16: Herbert von Karajan wurde 1968 Ehrensator: Im Bild v.l. Karajan, Stefan Rehl, Eliette von Karajan, und Georg Pfligersdorffer

Die zwar teilweise parteitaktisch nachvollziehbare, aber in vielen Punkten auch polemisch überzogene Kritik von SPÖ und FPÖ dürfte andererseits das Image der jungen Universität in breiten Kreisen der Öffentlichkeit nachhaltig ramponiert und die ohnehin schwierige Integration im öffentlichen Bewusstsein nicht gerade erleichtert

haben. Hans Lechner hatte jedenfalls die günstige Gelegenheit gekonnt und entschieden beim Schopf gepackt. Als pragmatischer Optimist vertraute er darauf – wie er später schrieb – „dass die Universität, wenn sie nur einmal rechtlich und organisatorisch startet, durch ihre Eigendynamik in einer wissenschaftsorientierten Zeit eine gute Entwicklung nehmen wird.“⁴³

Anmerkungen:

- ¹ Überarbeiteter und ergänzter Vortrag bei der Veranstaltung der Lechner-Forschungsgesellschaft „Die Wiedererrichtung der Universität Salzburg 1962 und das Land Salzburg“ am 21. November 2012 in der Bibliotheksaula der Universität
- ² Adolf Haslinger (Red.): Universität Salzburg: Gedanke und Gestalt.- Salzburg 1967, S. 6
- ³ Vgl. dazu u.a.: Franz Ortner: Die Universität in Salzburg. Die dramatischen Bemühungen um ihre Wiedererrichtung (1810-1962).- Salzburg 1987; Akademischer Senat der Universität Salzburg (Hg.): Universität Salzburg 1622-1962-1972. Festschrift.- Salzburg 1972; Max Kaindl-Hönig/Karl Heinz Ritschel: Die Salzburger Universität 1611-1964.- Salzburg 1964; Hans Lechner: Der Weg zur Universität Salzburg.- In: Eberhard Zwink(Hg.): Baudokumentation Universität und Ersatzbauten. Studiengebäude.- Salzburg 1984, S. 53-65
- ⁴ Vgl. Lechner, Der Weg zur Universität... hier S. 56
- ⁵ Vgl. Benedikt Probst/Stefan Rehr: Die Wiederherstellung der Gesamtuniversität. - In: Akademischer Senat der Universität Salzburg (Hg.), Universität Salzburg... S. 228
- ⁶ Ebda.
- ⁷ Vgl. zum Folgenden: Lechner, Der Weg zur Universität... S. 56 f.
- ⁸ Demokratisches Volksblatt, 13.12.1960, S. 3
- ⁹ Vgl. Robert Kriechbaumer: Kultur.- In: Wolfgang Huber (Hg.): Landeshauptmann Klaus und der Wiederaufbau Salzburgs.- Salzburg 1980, S. 129-168, hier S. 136 ff.
- ¹⁰ Hans Lechner: Koalition für die Gerechtigkeit. Wahl zum Landeshauptmann, 17. April 1961.- In: Dipl.-Ing. DDr. Hans Lechner. Zitate und Bilder. Zum 70. Geburtstag des Landehauptmannes der Jahre 1961 bis 1977.- Salzburg 1983, S. 39 f.
- ¹¹ Hans Lechner: Landesbewusstsein und Föderalismus.- In: Dip.-Ing.DDr. Hans Lechner ... S. 81 f.
- ¹² Zit. nach Heinz Ritschel: Die Geschichte der Universität Salzburg.- In: Kaindl-Hönig/Ritschel, Die Universität Salzburg... S. 109-205, hier S. 178

- ¹³ Zit. nach ebda S. 179
- ¹⁴ Zit. nach ebda S. 180
- ¹⁵ Lechner, Der Weg zur Universität... S. 59
- ¹⁶ 12.9.1961, S. 5
- ¹⁷ 12.9.1961, S. 3
- ¹⁸ Demokratisches Volksblatt, 14.9.1961, S. 3
- ¹⁹ Vgl. Erich Marx: Die Geschichte der Salzburger Freiheitlichen.- In: Eberhard Zwink (Hg.): Die Ära Lechner. Das Land Salzburg in den sechziger und siebziger Jahren.- S. 281-314, hier S. 289
- ²⁰ Vgl. dazu Eberhard Zwink in den SN, 9.12.1961
- ²¹ Vgl. Michael Mooslechner: Landespolitik und Landtag in der Ära Lechner.- In: Zwink, Die Ära Lechner... S. 191-218, hier S. 192
- ²² Lechner, Der Weg zur Universität... S. 57
- ²³ Zit. nach Ritschel, Die Geschichte... S 181, 196
- ²⁴ Lechner, Der Weg zur Universität... S. 59
- ²⁵ „Ein Zyniker sollte nicht Politiker werden“. Interview mit Hans Lechner 11. Mai 1983.- In: Dip.-Ing.DDr. Hans Lechner...S. 269-298, hier S. 288
- ²⁶ Josef Klaus, Interview am 15.8.1975.- In: Dr.Josef Klaus. Salzburger Landeshauptmann der Aufbaujahre nach dem Zweiten Weltkrieg.- Salzburg 1978, S. 9-44, hier S. 41
- ²⁷ Die folgenden Zitate entnommen aus dem Protokoll über die Landtagsdebatte am 14./15.Dezember 1961, wiederabgedruckt in: Eberhard Zwink (Hg.): Bau-dokumentation Universität und Ersatzbauten. Naturwissenschaftliche Fakultät. - Salzburg 1983, S. 81-93
- ²⁸ SN 13.12.1961, S. 5
- ²⁹ 16.12.1961, S. 5
- ³⁰ 23.12.1961, S. 6 und 17
- ³¹ Ebda
- ³² Landtagsdebatte... S. 90 f.
- ³³ SN 16.12.1961, S. 7
- ³⁴ Vgl. SN 21.12.1961, S. 7
- ³⁵ Lechner, Der Weg zur Universität... S.60
- ³⁶ 10.2.1962, S. 3
- ³⁷ Salzburger Volksblatt, 10.2.1962, S. 3
- ³⁸ 10.2.1962, S. 7
- ³⁹ Zit. nach Ritschel, Die Geschichte... S. 183

⁴⁰ Vgl. Lechner, Der Weg zur Universität... S. 60

⁴¹ Vgl. z.B. Marx, Die Geschichte...S. 289; Demokratisches Volksblatt 26.5.1962, S. 3: „Salzburg beharrt einhellig auf Volluniversität“

⁴² Vgl. Lechner, Der Weg zur Universität... S. 61

⁴³ Ebda. S. 54

Die Autoren

Herbert Dachs, Univ. Prof. Dr.,
ehem. Professor für Politikwissenschaft
an der Universität Salzburg, Salzburg

Karl W. Edtstadler, Hofrat Dr.,
ehem. Landtagsdirektor von Salzburg, Elixhausen

Franz Schausberger, Univ. Prof. Dr.,
ehem. Landeshauptmann von Salzburg,
Mitglied des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union,
Vorsitzender des Instituts der Regionen Europas, Salzburg

Bildnachweis

Gemeinde Elixhausen: Titelbild, Abb. 4, 5, 6, 7, 8, 9

Dieter Engler: Abb. 10

Roland Hettegger: Abb. 12

Rupert Klieber, Politischer Katholizismus in der Provinz: Abb. 2, 3

Lechner-Forschungsgesellschaft: Abb. 13, 14, 15, 16

Michael Neureiter: Abb. 11

www.wien.gv.at (abgerufen am 21 09 2015): Abb. 1

